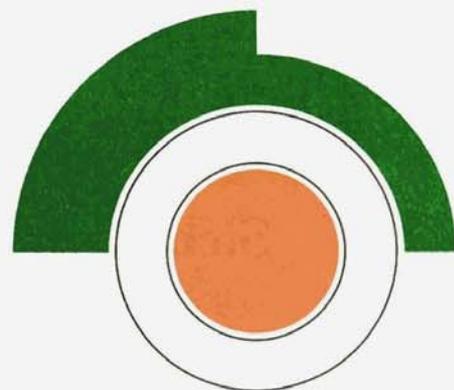


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 10



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 2. 6. 1993

## WORT UND WIDERWORT

### Kapituliert der Staat allmählich vor der steigenden Kriminalität?

Die Forderung nach mehr Polizei schaffe vielleicht kurzfristig Entlastung in der öffentlichen Diskussion, könne aber die Probleme nicht lösen. Untersuchungen hätten gezeigt, daß auch Länder mit größerer Polizeidichte keine niedrigere Kriminalitätsrate aufwiesen. Wirksame Bekämpfung der Kriminalität müsse bei den Ursachen ansetzen. Mitursächlich seien u. a. schlechte soziale Verhältnisse. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Stefan Frechen**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, man brauche schnellstens gezielte Ansätze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der explodierenden Ausländerkriminalität. Fast jeder dritte Tatverdächtige sei 1992 Ausländer gewesen. Die von der Landesregierung vorgelegten Zahlen bewiesen, daß die steigende Kriminalität seit Jahren zu einem wesentlichen Teil mit dem Ausländerzustrom importiert werde. Die F.D.P.-Abgeordnete **Dagmar Larisika-Ulmke** unterstreicht, die F.D.P.-Fraktion fordere seit langem die Konzentration der Polizei auf ihre eigentlichen Aufgaben, um mehr Kapazität für die Verbrechensbekämpfung verfügbar zu machen. Neben den organisatorischen Maßnahmen seien aber auch Leistungsanreize für die Polizeibeamten erforderlich. Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** vertritt die Ansicht, die neuerdings gern beschworene „Ausländerkriminalität“ sei ein Beispiel für den zweifelhaften Umgang mit Statistiken. Ein Drittel aller jungen Männer bis 25 Jahren sei in unserer Gesellschaft bereits einmal verurteilt worden. Genau diese Altersgruppe habe unter den ethnischen Minderheiten einen hohen Anteil. Da sei es völlig logisch, daß dann hohe Quoten vorliegen müßten. (Seite 2)

### Verkehrsminister nennt Lärmbelästigung als Grund Gemeinden für alte Linie der A 33

Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) favorisiert die alte Linienführung der A 33.

Bei der Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der Grünen betonte der Minister, auch die niedersächsische Landesregierung, an der die Grünen maßgeblich beteiligt seien, habe ihn „ganz stark bedrängt, den Weiterbau der A 33 forciert vorzunehmen“. Kniola wies darauf hin, sein Amtsvorgänger habe angesichts der veränderten Rechtslage im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsstudie in Auftrag gegeben. Diese liege vor. Sie sei nicht nur durch die Gremien des Landschaftsverbandes bewertet worden, sondern auch durch die betroffenen Gemeinden. Alle Gemeinden hätten sich übereinstimmend für die alte Linie ausgesprochen, weil die durch die Gutachten vorgeschlagene Linie zwar ökologisch vertretbarer, aber mit erheblich größeren Lärmbelastigungen für die Bevölkerung verbunden sei. Kniola bestätigte eine Aussage des CDU-Abgeordneten Heinrich Dreyer, wonach die Kommunen ihre städtebauliche Entwicklung

auf diese alte Trasse eingestellt hätten. Grünen-Sprecher Dr. Michael Vesper hielt beim „Lückenschluß“ das Lärmargument für nicht tragbar, weil ein Teil der Strecke untertunnelt werden könnte.



Jeder sieht, was er sehen will

Zeichnung: Pielert (Kölner Stadtanzeiger)

## Die Woche im Landtag

### Eingliederung

Die CDU hatte in einer Aktuellen Stunde die Eingliederung der WFA in die WestLB vor einem Jahr kritisiert. Wohnungsbauministerin Ilse Bruns (SPD) verteidigte die Fusion. (Seite 5)

### Entwicklungspolitik

Leitlinien zur NRW-Entwicklungspolitik stellte der Chef der Staatskanzlei dem Unterausschuß des Hauptausschusses vor. (Seite 11)

### Gesamtaufbau

Mit der Frage, ob der Gesamtaufbau der staatlichen Verwaltung den künftigen Herausforderungen entspricht, hat sich der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform befaßt. (Seite 12)

### Regelstudienzeit

Zu einer Kontroverse im Wissenschaftsausschuß ist es bei der Beratung der Regelstudienzeit gekommen. Abgeordnete verlangten eine erneute Anhörung der Hochschulen. (Seite 14)

### Spannungsverhältnis

Weil der Landesrechnungshof die gesamte Finanzkontrolle wegen eines Ausschußbeschlusses in Gefahr sieht, hat er sich an die Präsidentin des Landtags gewandt. (Seite 16)

### EG-Petitionen

Das Europäische Parlament hat das Petitionsrecht für EG-Bürger erweitert und auf die wachsende Bedeutung der Ausschußarbeit in Brüssel und Straßburg hingewiesen. (Seite 17)

## WORT UND WIDERWORT

# Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen

Von  
Stefan Frechen

Die Frage nach der Kapitulation stellt sich natürlich nicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, daß der Staat sie wirksam vor Gewalt und Kriminalität schützt. Wohl aber stellt sich die Frage, wie wir mit der zunehmenden Kriminalität umgehen. Nach Zeiten der Stagnation steigt die Kriminalität wieder kräftig, insbesondere in den Bereichen der Alltags- und Massenkriminalität. Einbruch, Diebstahl, Überfälle werden als Gefahr von den Bürgern unmittelbar erlebt und beinträchtigen natürlich ihr Sicherheitsbedürfnis.

Die Forderung nach mehr Polizei schafft vielleicht kurzfristig Entlastung in der öffentlichen Diskussion, kann aber die Probleme nicht lösen. Untersuchungen haben gezeigt, daß auch Länder mit größerer Polizeidichte keine niedrigere Kriminalitätsrate aufweisen. Wirksame Bekämpfung der Kriminalität muß bei den Ursachen ansetzen. Mitursächlich sind der Wertewandel, Anspruchsdenken, sind schlechte soziale Verhältnisse. Eine Politik, die nicht die Bedürfnisse der sozial Schwächeren berücksichtigt,

### SPD: Forderung nach mehr Polizei kann Probleme nicht lösen

die wirtschaftliche Notlage verschärft, muß sich mit in Haftung nehmen lassen. Auf jeden Fall führt sie zu mehr Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit. Aber nicht nur der Staat ist gefordert, auch jeder Bürger sollte einen Beitrag leisten, um Kriminalität vorzubeugen. Er muß Verantwortung für sich und sein privates Eigentum übernehmen. Er sollte aber auch Mitverantwortung für andere tragen. Nachbarschaftliche Kontakte, Interesse für den Mitbürger sind unerläßliche Voraussetzungen, um einen Weg aus der Anonymität und Ellenbogengesellschaft zu finden, die Kriminalität begünstigt.

Die Polizei muß sich auf die veränderte Situation einstellen. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Mit der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden und der Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik sind erste Schritte unternommen, innerhalb der Polizei Strukturen und Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern.

Ganz wichtig ist, daß die Polizei sich auf ihre eigenen Aufgaben konzentrieren kann, für die sie zuständig ist. Die vom Landtag angeregte aufgabenkritische Untersuchung im Bereich der Polizei ist der erste Schritt in diese Richtung.

Von  
Heinz Paus

In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1992 etwa 6,3 Millionen Straftaten registriert. In NRW hat sich die Kriminalität seit 1970 verdoppelt. Die Aufklärungsquote sank auf 41,8 Prozent. Die Bürger fühlen sich der sprunghaft ansteigenden Kriminalität zunehmend hilflos ausgesetzt. Immer mehr Bürger fürchten, das Opfer einer Straftat zu werden. Polizei und innere Sicherheit ist im wesentlichen Ländersache. Angesichts der lähmenden Untätigkeit, in der die Landesregierung bei der Kriminalitätsbekämpfung verharrt, liegt es leider nahe, von einer „Kapitulation des Staates“ zu reden. So fehlen in NRW etwa 10 000 Polizeibeamte.

Die Beseitigung dieses gravierenden Mangels wurde bislang nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen. Wir brauchen darüber hinaus schnellstens gezielte Ansätze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der explodierenden Ausländerkriminalität.

### CDU: Im Land NRW fehlen rund 10 000 Polizeibeamte

der Kriminalität. Fast jeder dritte Tatverdächtige war 1992 Ausländer. Die von der Landesregierung vorgelegten Zahlen beweisen, daß die steigende Kriminalität seit Jahren zu einem wesentlichen Teil mit dem Ausländerzustrom importiert wird. Dennoch ist in NRW Ausländerkriminalität ein Tabu-Thema.

Auch bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität verweigert die Landesregierung bislang die von der CDU geforderten konkreten Schritte. So lehnt sie es bislang ab, im Polizeigesetz des Landes die Möglichkeit zum Abhören von Kriminellen in Wohnungen zuzulassen.

Auch die vielversprechende Chance einer Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit Hilfe des Verfassungsschutzes wird von der Landesregierung abgelehnt. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen und einer der wichtigsten Beweggründe für ihre Unterordnung in ein Gemeinwesen. Wir müssen den Menschen endlich wieder Sicherheit vermitteln, damit sie sich letztendlich nicht vom Staat abwenden und ihre Sicherheit wieder in eigene Hände nehmen.

Von  
Dagmar Larisika-Ulmke

Der Staat darf nicht vor der steigenden Kriminalität kapitulieren — und er tut es auch nicht!

Diese optimistische Aussage erscheint kühn angesichts der die Bürger aufschreckenden täglichen Meldungen über spektakuläre Fälle und eindeutige Belege wachsenden Problemdrucks durch die Kriminalstatistik: In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der bekanntgewordenen Fälle in 1992 um acht Prozent gestiegen und die der aufgeklärten Fälle auf unter 42 Prozent gesunken.

Während bei Mord und Totschlag die Aufklärungsquote bei 96,4 Prozent liegt, macht den Fachleuten die geringe Aufklärung der Diebstahlsdelikte (27,3 Prozent) Sorge sowie das massive Anwachsen der organisierten Kriminalität, bei der die herkömmlichen Methoden der Verbrechensbekämpfung wenig Erfolg bieten.

Diese Entwicklung, die durch die Öffnung von Armutsgrenzen und auch durch den derzeitigen Stand der Asylpolitik in Deutschland begünstigt wird, erfordert schnelle Gegenmaßnahmen.

### F.D.P.: Leistungsanreize für Polizeibeamte erforderlich

Die F.D.P.-Landtagsfraktion fordert seit langem die Konzentration der Polizei auf ihre eigentlichen Aufgaben, um mehr Kapazität für die Verbrechensbekämpfung verfügbar zu machen. Neben den organisatorischen Maßnahmen sind aber auch Leistungsanreize für die Polizeibeamten erforderlich. Auch hierzu hat die Fraktion richtungweisende Beschlüsse gefaßt, die im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 1993 in die parlamentarischen Beratungen eingebracht werden.

Schwerer tun sich die Liberalen mit dem Problem des Einsatzes technischer Mittel in Wohnungen zur Gewinnung von Beweismitteln. Dieser sogenannte „Große Lauschangriff“ ist nach Auffassung der Fachleute sicher kein Allheilmittel, aber doch eine wichtige Waffe im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Die politische Debatte über eine Ergänzung des Grundgesetzes, das im Artikel 13 die Wohnung für unverletzlich erklärt, ist in vollem Gange und wird mit großem Ernst geführt. Mein Standpunkt: Wenn die Bürgerrechte der Kriminellen statt der Bürger schützen, dann ist die Einschränkung eines Grundrechts — unter strengen Maßgaben rechtsstaatlicher Kontrolle, versteht sich! — vertretbar. Wir werden nicht vor der steigenden Kriminalität kapitulieren!

Von  
Roland Appel

Ein Wahlkampfthema für 1994: Furcht und Angst vor Kriminalität. Um sie zu schüren, werden Statistiken bemüht. Aber die Zahlen zeigen nur einen Teil der Realität, da nur angezeigte oder polizeilich vermutete Delikte gezählt werden. Unter den Tisch fallen aber die gerichtlich überprüften Taten. Auch soziale Faktoren müssen einbezogen werden: Die Armutskriminalität nimmt in der Zweidrittelgesellschaft zu. Delikte der Wirtschafts- und Umweltkriminalität werden aufgrund gestiegenen Umweltbewußtseins öfter angezeigt. Und ganz oben steht die Beschaffungskriminalität für und um den Konsum und Handel illegaler Drogen. Diese Faktoren bewertet, ergibt schon ein ganz anderes Bild von der Kriminalitätsentwicklung, vor der der Staat nicht kapituliert, sondern nur auf untaugliche Gegenstrategien setzt.

Die neuerdings gern beschworene „Ausländerkriminalität“ ist ein weiteres Beispiel für den zweifelhaften Umgang mit Statistiken. Ein Drittel aller junger Männer bis 25 Jahren

### DIE GRÜNEN: Staat setzt auf untaugliche Gegenstrategien

ist in unserer Gesellschaft bereits einmal verurteilt worden. Genau diese Altersgruppe hat unter den ethnischen Minderheiten einen hohen Anteil. Da ist es völlig logisch, daß dann hohe Quoten vorliegen müssen. Daraus aber eine politische Aussage abzuleiten, ist unredlich.

Der Lauschangriff und generell schärfere Gesetze werden im Kampf gegen die Kriminalität nichts bewirken. Ebenso helfen einfach mehr Polizeistellen. Statt dessen muß die Kriminalitätsbekämpfung konzentriert werden auf die Bereiche, die unmittelbar dem Schutz von Menschen dienen. Schließlich müssen auf der gesetzlichen Ebene Strafbestimmungen entschärft werden. Drogenkonsum und -besitz müssen durch staatlich kontrollierte Abgabe entkriminalisiert werden. Bestimmte Delikte, wie Schwarzfahren, Landdiebstahl und Beleidigung, können ebensogut zivilrechtlich behandelt werden.

Es bedarf einer realistischen Bestandsaufnahme, was Polizei beim besten Willen und schlechter Bezahlung leisten kann. Wer sich der verschließt, betreibt wirkliche Unsicherheitspolitik und schützt die Bürgerinnen nicht wirksam vor Kriminalität.



Lob für vorsichtige Einnahme-Vorausschätzung des Finanzministers bei der Vorlage seines Nachtragshaushalts 1993, v.l.: Hartmut Schauerte (CDU), Ernst Walsken (SPD), Minister Heinz Schluößer (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN). Daneben die Experten für den Stellenhaushalt Peter Bensmann (CDU), Unterausschubvorsitzender, und Stefan Frechen (SPD).  
Fotos: Schüler

## 1,1 Milliarden-Nachtragshaushalt im Zeichen tiefer Finanzkrise

Finanzminister Heinz Schluößer (SPD) sagte, konjunkturelle Einflüsse und strukturelle Probleme verdichteten sich durch die Finanzierung der Deutschen Einheit zu einer tiefgreifenden Finanzkrise des Gesamtstaates. Tiefe Einbrüche zeichneten sich im Investitionsgütergewerbe, bei Stahl, Kohle, Textil und in der Autoindustrie ab. Die öffentlichen Haushalte seien nicht in der Lage, diese durch Programme auszugleichen. Der Spielraum für zusätzliche Schulden sei gleich Null. Die Konjunkturkrise führe zu Steuermindereinnahmen. Die NRW-Einschätzung sei realistischer als die des Bundes und brauche nicht korrigiert zu werden. Für den Nachtragshaushalt nannte Schluößer drei Ziele. An Ausgabenprogrammen könne nicht gespart, daher müsse die Nettokreditaufnahme erhöht werden. Die Organisationsuntersuchungen würden haushaltsmäßig umgesetzt, um den Personalausgabenwuchs zu begrenzen. Schließlich würden 581 Millionen Mark zusätzlich für die neuen Länder veranschlagt. Im Stellenteil seien als Ergebnis der Aufgabenkritik 7 000 Vermerke „künftig wegfallend“ (kw) angebracht, im wesentlichen global nach Laufbahngruppen. Dem Stellenabbau stehe eine bessere Ausstattung mit Datenverarbeitung gegenüber. Dafür sei in fast allen Einzelplänen die neue Titelgruppe 78 eingeführt worden mit zusammen 20,7 Millionen Mark sowie Verpflichtungsermächtigungen von 153,5. Bei Innen und Justiz werde das Eingangssamt des mittleren Dienstes bei 7 262 Planstellen angehoben. Für Kindergartenpersonal sei eine gravierende Steigerung um 27,6 Prozent zu veranschlagen, weil freie Träger frühzeitiger Personal eingestellt hätten. Für Asyl müßten in diesem Jahr aus dem Landeshaushalt 1,4 Milliarden Mark ausgegeben werden. Bei den Übergangsheimen würden von Kommunen monatliche Kosten zwischen 48 und 408 Mark angesetzt, was wirtschaftliche Maßstäbe nicht immer glaubhaft erscheinen lasse.

Hartmut Schauerte (CDU) hielt die Lage für ernster als jemals bisher. Als Folge der Einheit müsse die Haushaltsführung neu definiert werden. Bei den Solidaraktverhandlungen hätten sich die Länder gegenüber dem Bund in einer Weise durchgesetzt, die ihm heute noch die Tränen in die Augen treibe. Die Länderfinanzminister hätten gewonnen, der Bund müsse nun zahlen. In ernster Zeit sehe er nicht nur das Land, son-

## Dank Schluößers Vorsicht glimpflich für NRW

Der vom Finanzminister vorgelegte Entwurf eines Nachtragshaushalts 1993 in Höhe von 1,1 Milliarden Mark wurde am 26. Mai in die Ausschubberatung überwiesen und soll in der vierten Juniwoche verabschiedet werden. Rund die Hälfte machen Leistungen an die neuen Länder aus. 233 Millionen für Kindergärten, 160 für Sozialhilfe, 98 für Koks-kohlenbeihilfe und 38 für Rationale Energienutzung sind weitere große Posten. Kritik aus der Opposition wurde unter anderem an der Neuverschuldung geäußert.

dem das Ganze. NRW dürfe in der sicheren Deckung der großen Bonner Neuverschuldung nicht einfach noch einmal 622 Millionen neue Schulden des Landes dazutun. Der Landeshaushalt steige jetzt um 4,4 Prozent, solide Zielvorgaben würden nicht eingehalten. 1994 und 1995 würden zusammen 6,2 Milliarden Mark neue Lasten kommen. Bei Konjunkturabschwung um ein Prozent würden pro Jahr 650 Millionen Mark fehlen. Die CDU sei gegen die neue Verschuldung. Das Rau-Sommerfest, der Umbau für die Landesvertretung in Bonn, zwei Millionen für NRW-Feste, Millionen für die Filmstiftung, Medienforum, Öffentlichkeitsarbeit könnten eingespart werden. Kein Eingriff erfolge auch bei einer neuen Fortbildungsakademie des Innenministers, bei Olympischen Spielen für das Ruhrgebiet, beim Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, das sei nicht zu fassen. Sparpotentiale gebe es durch Kürzung der Referendarzeit, durch Auflösung des Bauministeriums. Auch bei kleinen Dingen müsse das Land mit dem Sparen anfangen.

Ernst Walsken (SPD) vermißte konkrete Vorschläge zur Absenkung der Neuverschuldung. Statt dessen konzentriere sich Schauerte auf Pfennigbeträge, die im Einzelfall Millionen sein könnten, die untersucht werden müßten, aber vom Umfang des Haushalts her nicht einmal Promille hinter dem Komma darstellten. Das eigentlich Wichtige am Nachtragshaushalt sei das Streichen von 5 700 Stellen auf Dauer. Das sei der größte Kraftakt der letzten Jahre, keine leichte Sache bei einem Sparvolumen von einer halben Milliarde Mark. Die Modernisierung der Landesverwaltung müsse sich anschließen, andernfalls sei der Landtag überflüssig. „Wir sollten nicht klüger sein als die Gemeinden“, meinte Walsken unter Hinweis auf die Zahlungen an die Gemeinden für Übergangsheime. Mit pauschalierten Investitionszuschüssen solle die Leistungsfähigkeit der kommunalen Politik in Anspruch genommen werden. Zum ersten

Mal gebe es kein Geld, um auf die Wirtschaftsflaute einzuwirken. Der Finanzminister habe Ausgaben von Einsparungen ausgenommen, die für die Wirtschaft wichtig seien. Diese hervorragende Position zwingen zu anderen Kürzungen. Das Ende der Handlungsmöglichkeiten der seit 40 Jahren bewährten Politik müsse nun dem Bürger vermittelt werden.

Rudolf Wickel (F.D.P.) bemerkte dazu: „Der Eindruck beim Bürger, daß die Politik nicht mehr handlungsfähig ist, gründet sich darauf, daß die Politiker eben noch keine Politik ohne Geld gemacht haben“. Daß das möglich sei, fange beim Nachtragshaushalt an. Die Tendenz zeige eher weitere wirtschaftliche Rezession. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte habe unsittliche Ausmaße angenommen. Unwägbar sei die Annahme des Ministers, 400 Millionen Mark durch niedrigere Zinszahlungen einsparen zu können. Bei der Neuverschuldung sei da ein großes Fragezeichen zu setzen. Beim Stellenhaushalt müsse der Abbau bei zehn Prozent liegen, wenn er etwas bringen solle. Angesichts der Pensionslasten könne es nicht bei 7 272 kw-Vermerken bleiben. Die F.D.P. unterstütze den Minister. Allerdings fielen vor allem unter Berufsgruppen bei den Streichungen auf. Ressortübergreifende Budgetierung sei schwierig, aber unverzichtbar, da sonst jedes Ressort weiter Kosten produziere. Nur wer Zeit habe, könne sich neue Verordnungen, Erlasse, Standards ausdenken. Als Notbremse müsse vielleicht auch in NRW ein Haushaltssicherungsgesetz vorgelegt werden. Politiker müßten den Mut haben, kriminelle Ausländer und Asylbewerber von friedfertigen Ausländern abzugrenzen. Die F.D.P. werde die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre bei der Polizei und der Phasenverschiebung beantragen.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) hielt Streiten für nicht lohnend. Der erstaunlich geringe Nachtrag lasse den Verdacht zu,

Fortsetzung Seite 6

## Vermarktungsstrategien für Ökoprodukte und Gütezeichen könnten den Bio-Bauern helfen

Um Sorgen und Chancen des ökologischen Landbaus ging es bei einer Debatte über die Grünen-Anträge „Sonderaktion für Umstellungsbetriebe entwickeln!“ sowie „Unterstützung der Vermarktung von Milcherzeugnissen aus kontrollierter ökologischer Produktion“ und dem SPD-Antrag „Förderung des ökologischen Landbaus in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/3980, 4297 und 5484).

**Johannes Gorlas** (SPD) wies darauf hin, der ökologische Landbau habe in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Immer mehr Verbraucher hätten zu den Produkten der konventionellen Landwirtschaft eine kritische Haltung eingenommen. Unbehagen bereite auch vielen die Frage nach den Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft auf Natur und Gewässer. „Alle die, die hier nach Alternativen suchen, stoßen unweigerlich auf den ökologischen Landbau, der vielfach auch alternativer oder biologischer Landbau genannt wird“, sagte der Abgeordnete. Der ökologische Landbau verzichte bewußt auf den Einsatz von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und mineralischen Handelsdüngern. Der landwirtschaftliche Betrieb werde als Einheit verstanden, dessen Prozesse sich in einem Kreislauf vollzögen. Gorlas wies indessen auch auf Probleme hin, mit zunehmendem Interesse der Verbraucher an Ökoprodukten träten auch Trittbrettfahrer auf, die eine alternative Produktion gewissermaßen nur vortäuschten. Ferner erwachse den echten Ökobauern eine unlautere Konkurrenz. Der Politiker empfahl, sich auch im Hinblick auf Europa an der Entwicklung von Vermarktungsstrategien für Ökoprodukte aus Nordrhein-Westfalen zu beteiligen.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) meinte, er sei froh darüber, daß sich das Verhältnis zwischen der sogenannten konventionellen Landwirtschaft und den Betrieben, die als Bio-Bauern produzierten, in den letzten Jahren deutlich entkrampft habe. Es gebe natürlich Skandale. Aber man könne sagen, daß der Verbraucher grundsätzlich Vertrauen in die Lebensmittel habe, die in der Landwirtschaft, auch in NRW, erzeugt würden. Der Abgeordnete berichtete, es gebe zur Zeit 860 ökologisch wirtschaftende Betriebe in NRW. Das seien 1,14 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in NRW, die 1,15 Pro-

zent der Fläche bewirtschafteten. Trotz dieser Zahlen sei eine Marksättigung eingetreten. Es bestehe bei den betroffenen Landwirten die große Sorge, daß es, wenn jetzt auch durch neue Programme wie das der EG, entsprechend finanziell gepuscht werde, eine Übersättigung mit Existenzgefährdung der Öko-Bauern eintrete.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) betonte, wenn durch Förderung eine Ausweitung des Marktes erreicht werden solle, würde das nicht dem Markte zugute kommen, sondern nur der Subvention, und dies könne nicht das Ziel sein. „Wir möchten unsere Forderung nach freier Marktwirtschaft nochmals in den Vordergrund stellen. Nach vielen Gesprächen mit Öko-Landwirten, mit Landwirten überhaupt, seien diese nicht mehr bereit, als subventionsempfangende Lebenskünstler hingestellt zu werden. Falls man daran denke, seitens des Landes Gütesiegel für NRW einzusetzen, halte er das für eine gute Sache.“

**Siegfried Martsch** (DIE GRÜNEN) sagte, es gehe darum, daß die Betriebe, die umstellen wollten, eine Chance dazu hätten. Und die Chance ergebe sich frei nach der Marktwirtschaft daraus, ob die Produkte auch abgesetzt werden könnten. Man sehe, daß der ökologische Landbau heute dort sei, wo schon Ende der 60er Jahre die konventionelle Landwirtschaft auch gewesen sei. Es gebe den ersten Ansatz von Überproduktion. Die Produzenten des ökologischen Landbaus reagierten genauso wie früher und heute die konventionellen darauf reagierten. Sie rationalisierten, sie gingen in größere Einheiten. Und diejenigen, die mühsam ihre Betriebe umgestellt hätten, würden in Zukunft auch im ökologischen Landbau dem Prozeß „wachse oder weiche“ zum Opfer fallen.

## Aufnahme des Umweltschutzes in Grundgesetz als Signal für alle Bürger

In der neuen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland soll der Umweltschutz verankert werden. Über die Formulierungen, wie dieses Ziel im Grundgesetz installiert werden soll, gibt es in der Verfassungskommission große Meinungsverschiedenheiten. Die gemeinsame Kommission von Bund und Ländern hat die Aufgabe, das Grundgesetz den veränderten politischen Rahmenbedingungen nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten anzupassen. In diesem Zusammenhang hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen in seiner 98. Plenarsitzung über dieses Thema diskutiert. Grundlage der Diskussion waren einerseits der Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 11/5457) und andererseits der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (11/5516), die sich beide mit dem Staatsziel Umweltschutz beschäftigten.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) begründete den Antrag seiner Fraktion: „Die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz soll ein Signal für alle Bürger sein, daß wir ihre Ängste und Sorgen ernst nehmen und daß für die Politik der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Verfassungsrang hat.“ Um den gegenwärtigen Wohlstand und unsere Zivilisation für die Zukunft zu sichern, müsse diese Gesellschaft eine Lebensweise entwickeln, die sich an den Notwendigkeiten des Umweltschutzes orientiere. Hierzu müsse sich die soziale Marktwirtschaft in eine ökologische und soziale Marktwirtschaft verwandeln. Eine solche Staatszielbestimmung dürfe allerdings nicht, so der Vorsitzende der CDU-Fraktion weiter, dem Umweltschutz alleinige Priorität einräumen. Die Lösung möglicher Konflikte sollte dem zuständigen demokratisch legitimierten Gesetzgeber übertragen werden. Die beste Lösung sei der Umweltschutzartikel 29a in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, der bereits im März 1985 mit einer großen Mehrheit im Landtag verabschiedet worden sei. Dieser Gesetzestext enthalte einen Abwägungsvorbehalt, der unerlässlich sei, um

Fortsetzung Seite 6



Im Bundesrat einen neuen Anstoß zur Diskussion geben: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).  
Fotos: Schüler

## Kontroverse um Wirkung der WFA-Eingliederung in die Landesbank

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde am 26. Mai hat die Fraktion Kritik an der vor einem Jahr erfolgten Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) des Landes in die Westdeutsche Landesbank (WestLB) geübt: Statt mehr Wohnungen wie versprochen seien nur höhere Verwaltungskosten entstanden. Wohnungsbauministerin Ilse Brusis (SPD) wies das zurück und beharrte auf der Vorhersage, daß durch die Fusion künftig 1000 Wohnungen mehr gebaut werden können.

**Siegfried Zellnig** (CDU) nannte als einseitigen Zweck der Eingliederung, daß damit die Eigenkapitalbasis der Bank verstärkt werden sollte; eine selbständige WFA wäre angesichts der Wohnungsnot angemessener. Zellnig: „Der Wohnungsbau hat eine Schlacht verloren“; die 1000 zusätzlichen Wohnungen durch den Synergieeffekt seien bloße Verheißung, die sich im Wohnungsbauprogramm nicht niedergeschlagen habe. Die CDU habe die Aktuelle Stunde gewollt, „weil wir die Sorge haben, daß das Landeswohnungsbauvermögen reduziert wird“. Darum wolle man diese Gefahr öffentlich machen.

**Wohnungsbauministerin Ilse Brusis** (SPD) hielt dagegen; „Die Landesregierung hat nicht nur die mit der Fusion der WFA in die WestLB angestrebten Ziele erreicht, sie hat auch ihre Zusagen eingehalten.“ 1992, im ersten Jahr nach der Fusion, sei der Bau von knapp 34 000 Sozialwohnungen gefördert worden, mit Hilfe der WFA habe man eine Steigerung von über 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht. 1993 sollten wiederum knapp 35 000 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 3,55 Milliarden Mark gefördert werden, wobei die Mittel zu 70 Prozent vom Land stammten. Daraus lasse sich entnehmen, „daß die Übertragung der WFA auf die WestLB ihre Funktion im System der Wohnungsbauförderung und ihre vielfältige Aufgabenstellung im Kern unberührt gelassen hat und die WFA auch weiterhin ein wesentliches Instrument der Wohnungspolitik in NRW ist. Auch in ihrem neuen organisatorischen Umfeld leiste die WFA hervorragende Arbeit, betonte die Ministerin.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) wurde bei der Debatte das Gefühl nicht los, „daß hier alte Schlachten auf neuen Plätzen geschlagen werden“. Wenn man Erfolge durch Privatisierung wolle, dann sollte man so vorsichtig sein und durch Zahlenspiele nicht nachweisen wollen, „daß sie teurer wäre, als wenn es vorher eine Landesbehörde gemacht hätte“. Im übrigen stelle sich der Spareffekt erst in Zukunft ein; bis man bewertbare Fakten habe, sollte man etwas mehr Zurückhaltung üben, mahnte er die CDU.

**Robert Schumacher** (SPD) nannte das von der CDU formulierte Thema der Aktuellen Stunde irreführend und politisch unklug, da man im Lande immer empfindlicher auf propagandistische Fehlinformation reagiere. Tatsächlich sei es so, daß der Bund von 1992 auf 1993 seine Mittel um 39 Millionen gekürzt habe; im Lande liege das Volumen des Wohnungsbauprogramms 1993 um 118 Millionen gegenüber dem Ist in 1992. Für die gestiegenen Verwaltungskosten gebe es nachvollziehbare Erklärungen und Gründe.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) meinte, diese Aktuelle Stunde diene nicht der Woh-

nungsbaupolitik, sondern allein der parteipolitischen Profilierung der CDU. Die WFA-Fusion sei nie eine wohnungspolitische Entscheidung gewesen, sondern habe nur dazu gedient, „das Haftungskapital der WestLB an deren Expansionskurs anzupassen“. Trotz besseren Wissens werde von der CDU das Bild drastisch gestiegener Personal- und Sachkosten gezeichnet, dabei habe jeder Sachverständige gewußt, daß etwa bei den Gebühren, die die WFA jahrelang an die WestLB gezahlt habe, eine 50prozentige Unterdeckung bestanden habe. Die Einsparungen durch den zu erwartenden Synergieeffekt sollten nicht in die Kassen des Finanzministers fließen, sondern in neue Wohnungen investiert werden.

**Hartmut Schauerte** (CDU) hielt der Landesregierung vor, statt der 1000 zusätzlichen Wohnungen durch die Fusion seien nach der Fusion 1000 Wohnungen weniger gebaut worden. Die Entscheidung sei falsch gewesen: „Die WFA wird etwas ärmer, und die WestLB wird etwas reicher. Genau das wollten wir im Interesse des Wohnungsbauvermögens dieses Landes nicht.“

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) machte die Rechnung auf: „Die Differenz zwischen dem, was die WFA ohne Fusion sowieso hätte aufwenden müssen, und dem, was fusionsbedingt Mehraufwendung ist, beträgt zehn Wohneinheiten.“ Angesichts dieser Relation sei ein solcher „Zwergenaufstand völlig unangemessen“.

Landesregierung seien schon eine Aktuelle Stunde wert. Auch in der Wohnungspolitik gelte: Versprochen und nicht gehalten.

**Volkmar Schultz** (SPD) warf der CDU vor, sie wolle mit dieser Aktuellen Stunde allein „einen der erfolgreichsten Bereiche der Landespolitik kaputtreden“. Bei ihrer Kritik wegen der angeblich fehlenden 1000 Wohnungen mache die CDU den Fehler, daß sie die Daten eines einmaligen Sonderprogramms nicht aus dem Zahlenwerk herausrechne. Wenn das getan werde, sei klar, daß im vergangenen Jahr mehr als die angekündigten 1000 zusätzlichen Wohnungen gebaut worden seien.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) rief den CDU-Abgeordneten Schauerte dazu auf, beim öffentlich-rechtlichen Sektor genau so fair zu sein wie zum privatwirtschaftlichen und genossenschaftlichen. Der Versuch der Oppositionsfraktion, mit der Aktuellen Stunde für mehr Klarheit in der Öffentlichkeit zu sorgen, sei „mehr als mißglückt“.

**Wohnungsbauministerin Ilse Brusis** (SPD) stellte klar, auch nach der Fusion stehe weiterhin das Landeswohnungsbauvermögen in erster Linie für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung; „Die WestLB kann es nur soweit nutzen, wie es für die Wohnungsbauförderung nicht benötigt wird“. In diesem Jahr würden 1600 Wohnungen mehr gefördert als im Vorjahr — „und nicht 900 weniger, wie die CDU behauptet“.



Unterschiedliche Beurteilung der Folgen, die die Eingliederung der WFA in die WestLB mit sich gebracht hat (v.l.): Siegfried Zellnig (CDU), Bauministerin Ilse Brusis (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.), Robert Schumacher (SPD) und Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) monierte einen sorglosen Umgang der CDU mit Zahlen und Fäkten; die Landesregierung werde sich aber in ihrer Wohnungspolitik nicht an „Hirngespinsten“ orientieren, sondern „eine solide Begleitung durch die WestLB künftig dem vorziehen, was hier an Polemik geboten worden ist“.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) machte bei der CDU das „Feindbild WestLB“ aus. Wenn man die Bank meine und über Wohnungsbaupolitik diskutiere, „kann es nicht angehen, von hinten erneut etwas zu beginnen, was wir in diesem Parlament letztlich abgeschlossen haben“.

**Hartmut Schauerte** (CDU) hakte nach: Wo seien eigentlich die 1000 zusätzlichen Wohnungen durch Synergieeffekt geblieben? Damit falle für 3000 Menschen Wohnraum aus, betonte der Sprecher und fügte an, die nachweislich falschen Versprechungen der

Es sei unredlich, das Sonderprogramm des vergangenen Jahres einfach einzurechnen. Der Landesregierung komme es darauf an, Wohnungen für die sozial Schwachen zu schaffen; sie wolle nicht den Weg der CDU gehen, der darin bestehe, „weniger Geld einsetzen, aber dafür die Menschen mit höheren Mieten belasten“.

**Siegfried Zellnig** (CDU) konterte: Wenn es der Landesregierung wirklich um die Menschen gehe, dann wäre sie schon längst den Vorstellungen der CDU gefolgt; dann gäbe es in diesem Land 100 000 Wohnungen für 200 000 Menschen mehr. Und es gäbe weniger Aussiedler in Übergangsheimen, wo zum Teil fünf Personen auf 15 Quadratmetern leben müßten. Der versprochene Synergieeffekt von 1000 Wohnungen werde „niemals“ eintreten. Die CDU trete für das Landeswohnungsbauvermögen ein, das sich in einem Jahr schon um 18 Millionen Mark verringert habe.

## Umweltschutz...

Fortsetzung von Seite 4  
nicht mit anderen Gemeinwohlinteressen in Konflikt zu geraten.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) brachte seine Befürchtung zum Ausdruck, daß die seit über zwei Jahren tagende Verfassungskommission am Ende ihrer Arbeit kein positives Ergebnis zustande bringen könnte. Zum Schluß entstünde eine Verfassung, „die ihrer wichtigsten Funktion, nämlich grundlegende Leitprinzipien der Gesellschaft vorzugeben, nicht mehr nachkommt und statt dessen auf dem Niveau des Dritten Änderungsgesetzes zum 17. Anpassungsgesetz landet“. Um das zu vermeiden fordere die Fraktion DIE GRÜNEN eine konkrete Verankerung des Umweltschutzes in dem neuen Grundgesetz. Umweltschutz müsse ein Staatsziel ohne Einschränkung durch einen Gesetzesvorbehalt werden. Der Artikel 14 im Grundgesetz solle durch eine sogenannte „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ ergänzt und in Artikel 19 müsse das Verbandsklagerecht eingeführt werden. Schließlich sei ein „Ökologischer Rat“ zu installieren.

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) betonte die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Grundgesetzes im Zuge der Deutschen Einheit; die Verfassungskommission erfülle die in sie gesetzten Erwartungen seiner Meinung nach allerdings nicht. Das Staatsziel Umweltschutz, worunter Dammeyer die Verpflichtung verstand, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und für die Zukunft zu bewahren, sei eines der wenigen Ziele, die von den ursprünglichen Möglichkeiten bei der Überarbeitung des Grundgesetzes übriggeblieben seien. Aber selbst hier sah er die Bundestagsfraktion der CDU/CSU meist als Bremser denn als Förderer dieses Gedankens. So sei ein Antrag der SPD zum

Umweltschutz in der Verfassungskommission mit den Stimmen von einigen CDU-Abgeordneten positiv entschieden worden, aber zur notwendigen Zweidrittelmehrheit habe es nicht gereicht. Er plädierte abschließend für ein gemeinsames Vorgehen in dieser wichtigen Frage.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) führte ein neues Wort in die Debatte ein. Er bezeichnete den Umweltschutz nicht nur als ein vorkonstitutionelles Recht, sondern auch als ein subjektives Menschenrecht; darüber hinaus benutzte er den Begriff des „Menschheitsrechtes“. Ein derart wichtiger Tatbestand müsse in der neuen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland seinen festen Platz erhalten. In der Frage des Gesetzesvorbehaltes nahm Riemer für seine Fraktion eine ähnliche Haltung ein wie der Redner der CDU-Fraktion. Mit dem direkten Vorbehalt könne entgegen den Forderungen der SPD-Fraktion nach einem indirekten Verfahren oder dem völligen Verzicht, wie ihn die Fraktion der GRÜNEN favorisiere, besser gearbeitet werden. Der direkte Gesetzesvorbehalt sei deshalb sinnvoller und wirksamer, „weil alles, was nach diesem Grundsatz durch Gesetze geregelt wird, deduktiv aus diesem Wert Umweltschutz abgeleitet werden muß — nicht nur durch eine formelle Garantie, daß es verfassungsmäßig zustande gekommen ist, sondern vom materiellen Wert abgeleitet werden muß.“

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) konnte sowohl den Antrag der CDU-Fraktion wie den der GRÜNEN-Fraktion nicht ernst nehmen. Er drückte das bildhaft folgendermaßen aus, „während die eine Seite, die CDU, hier mit einem Goggomobil angekrochen kommt, meinen Sie (gemeint ist Dr. Vesper (DIE GRÜNEN)), gleich einen Luxusliner vorfahren zu müssen.“ Die Landtags-

Fortsetzung Seite 7

## Nachtragshaushalt...

Fortsetzung von Seite 3  
daß die Solidarität mit Ostdeutschland darunter gelitten habe. Bei der Debatte über den „Unsolidarpakt“ habe Schlußer versprochen, es werde keine Kürzungen bei Sozialleistungen geben. Zwei Monate später stünden diese jetzt wieder auf der Tagesordnung. Die SPD habe sich über den Tisch ziehen lassen. Auch bei den Karenztagen für die Pflegeversicherung sei NRW-Zustimmung zu befürchten. Bei den Einsparungen müsse an die 855 Millionen Mark für den Straßenneubau herangegangen werden, da führe kein Weg dran vorbei. Der Nachtragshaushalt sei ein einziger Bluff und außerdem rechtlich unwirksam, da die kw-Vermerke an spätere Bedingungen geknüpft seien. Unspezifizierte kw-Vermerke seien Hausmüll. Die Aufstockung der Mittel für die rationelle Energieversorgung werde von den Grünen begrüßt.

**Peter Bensmann** (CDU) sagte als Vorsitzender des Unterausschusses Personal, das Gebot der Stunde heiße nicht nur Sparen, sondern: Modernisieren der Verwaltung. Grundsätzliche Äußerungen über das Dienstleistungsangebot habe er vermißt. Finanzverwaltung — eine hoheitliche Aufgabe? Jedes Jahr würden für teures Geld 600 hochqualifizierte Beamte ausgebildet, davon seien 1992 350 weggegangen. Dem Arbeitsstab Aufgabenkritik und dem Leiter Kalenberg sei für Vorarbeiten zu danken. Die Modernisierung sei bisher eine Mogelpackung. Im Haushalt sei keine einzige Stellenreduzierung. Die kw-Vermerke bezögen sich auf einfachste Dienste, darunter viele Frauen. Bei der Umsetzung von Gutachten werde ein Zeitraum bis zum Jahr 2000 gedacht. In der Versorgungsverwaltung habe es 1100 Einwände bei 3000 Bediensteten gegeben, 800 Stellen sollten eingespart werden. Alle staatlichen Aufgaben und das öffentliche Dienstrecht müßten überprüft werden.

**Stefan Frechen** (SPD) sah große Balken im Auge der CDU und der Koalition in Bonn, während der NRW-Finanzminister die voraussichtlichen Einnahmen gut geschätzt und daher nur den zusätzlichen Betrag nach dem Solidarpakt im Nachtragshaushalt als Nettoeuverschuldung eingestellt habe. Bei der Umsetzung der Organisationsuntersuchungen gebe es keine Entlassungen, sondern auf Freiwerden durch Fluktuation müsse gewartet werden. Im nächsten Jahr würden weitere tausend Stellen aus dem Bereich Bauen und Wohnen kw gestellt. Schulen, Hochschulen, Polizei und Gerichtswesen beanspruchten besonders hohe Personalkosten. Durch Abbau von Doppelarbeit und Verfahrenskürzung seien nicht alle Mindereinnahmen auszugleichen. Für die Nachschlüsselung im mittleren Polizeidienst in diesem Nachtrag werde er sich einsetzen. Die SPD-Fraktion erwarte den Plan des Finanzministers. Vernünftige Deckungsvorschläge für Haushaltslücken der kommenden Jahre seien von der Opposition nicht gekommen.

**Minister Heinz Schlußer** (SPD) wies auf Abhängigkeiten eines einzelnen Bundeslandes und auf die Refinanzierung des Bundes bei seiner Belastung mit 51 Milliarden Mark für die neuen Länder durch Steuereinnahmen, anders als bei den 16 Milliarden der Länder, hin. Der Haushaltsentwurf für 1994 werde noch stimmig, ab 1995 kämen deftige Einbrüche für NRW.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (4. v.l.) hat am 27. Mai im Foyer des Landtags die Ausstellung „Dialyse — Organspende — Transplantation“ eröffnet. Die Präsidentin erklärte, die Ausstellung habe einen besonders aktuellen parlamentarischen Bezug, denn es werde über gesetzliche Regelungen, die die Entnahme und Übertragung von Organen festlegten, zur Zeit diskutiert. Die Informationen kämen von unmittelbar Betroffenen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Dialysepatienten und Nierentransplantierten Nordrhein-Westfalen, die diese Ausstellung mit Unterstützung der Deutschen Dialysegesellschaft niedergelassener Ärzte zeige, sei eine Vereinigung von selbständigen Selbsthilfevereinen Nierenkranker in unserem Land. Die Landesarbeitsgemeinschaft habe es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, in der Öffentlichkeit für die Organspende zu werben, aufzuklären und sich den Problemen chronisch Nierenkranker anzunehmen. Frau Friebe berichtete, in der Bundesrepublik sei die Zahl der Transplantationen, vor allem der Nierentransplantationen, zurückgegangen. 1991 seien 2 189 Übertragungen von Nieren erfolgt. 1992 seien es nur noch 2 018 gewesen. Im gleichen Zeitraum sei die Warteliste transplantationsfähiger und dazu bereiter Patienten von 7 166 auf 7 805 gestiegen. Das Bild zeigt u. a. die Abgeordneten Marie-Luise Morawietz (l.), Herbert Heidtmann (3. v.l.), Bodo Campignon (M., alle SPD), Wilhelm Riebinger (7. v.l., CDU), sowie rechts daneben Heinz Wirtz (SPD) und Alfred Kayser (Landesarbeitsgemeinschaft).  
Foto: Schüler

## Divergierende Ansichten über Bedarf an Lehrkräften

Während die CDU bei der Debatte über ihren Antrag (Drs. 11/5508) „Lehrermangel vorprogrammiert — Verantwortungslose Personalplanung der Landesregierung“ bis 1995 rund 10 000 und die F.D.P. bis zum Jahr 2000 sogar 20 000 fehlende Lehrkräfte prognostizierten, wies Kultusminister Hans Schwier (SPD) auf einen derzeitigen Bewerberüberhang von 7 000 Lehrerinnen und Lehrern hin.

**Beatrix Philipp** (CDU) erklärte, es müsse dafür gesorgt werden, „daß wir Lehrerinnen und Lehrer in ausreichender Anzahl zur Verfügung haben“. Diese Landesregierung müsse endlich bereit sein, steigenden Schülerzahlen auch mit steigenden Einstellungen zu begegnen. Die von der CDU immer wieder erwähnten 25 000 fehlenden Lehrer habe Kienbaum bestätigt. Bis 1995 brauche man bei einem Mittelwert von 25 Kindern zu einem Lehrer wegen steigender Schülerzahlen rund 5 000 und wegen Pensionierungen weitere 9 000 Lehrer und wegen der Restbestände noch einmal 3 000 Lehrer. Bei rund 8 500 in der Ausbildung befindlichen Lehrkräften würden rund 10 000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) berichtete, zur Zeit laufe das Lehrereinstellungsverfahren für das Schuljahr 1993/94. Annähernd 10 000 junge Lehrerinnen und Lehrer hätten sich auf die 2 434 Stellen, die zu besetzen seien, beworben. Man habe also einen Bewerberüberhang von mehr als 7 000. 1993 würden rund 2 600, 1994 rund 3 000 Referendare den Vorbereitungsdienst beenden. Damit stünden für die Schuljahre 1994/95 und 1995/96 zusammen mit dem Bewerberüberhang des diesjährigen Einstellungsverfahrens mehr als 12 000 Bewerber zum Eintritt in den Schuldienst zur Verfügung.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) sagte, in diesem bis zum Jahre 2000 stiegen die Schülerzahlen in NRW um 400 000. Daraus errechne sich ein Mehrbedarf von fast 20 000 Lehrern. Hinzu komme ein hoher Ersatzbedarf für Lehrer. Derzeit gingen rund 3 000 jährlich in Pension. Im Jahre 2000 würden es mehr als 6 000 sein. Also: steigende Schülerzahlen plus steigender Ersatzbedarf an Lehrern. Und nicht im Ansatz sei eine Strategie erkennbar, wie eine Welle katastrophalen Unterrichtsausfalls an den Schulen abgewendet werden solle.

**Herbert Heidtmann** (SPD) wandte sich gegen „Horrorgemälde“ und „Angstpotentiale“. Der CDU hielt er vor, ihre Beteiligung an der Lösung grundsätzlicher Probleme, die sich nicht zuletzt bedingt durch dramatische Veränderungen in der politischen Wirklichkeit unserer Tage eingestellt hätten und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ergriffen hätten, auch die Schule, sei gleich Null gewesen. Die CDU habe immer noch nicht begriffen, daß in allen Bundesländern der Druck auf die öffentlichen Hände immer stärker werde und konsequenterweise überall das Thema Einschränkung von Standards auch im schulischen Bereich auf der Tagesordnung stehe.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) monierte, der Kultusminister zwingt die



Prognosen über den Lehrerarbeitsmarkt: v.l. Beatrix Philipp (CDU), Kultusminister Hans Schwier (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.), Herbert Heidtmann (SPD) und Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

Kommunen zu einer mittel- und langfristigen Schulplanung, lebe aber hinsichtlich Personalplanung von der Hand in den Mund. Null-Runden motivierten keinen Nachwuchs. Zur Vergreisung der Lehrerschaft kämen vorzeitige Pensionierungen aufgrund von Verbranntsein. Die Bildungspolitik verbaue sich ihre Zukunft. Nachqualifizierung von erwerbslosen Lehrern werde geschoben. Bei beruflichen Schulen habe sich die Einstellungs politik verheerend ausgewirkt.

**Beatrix Philipp** (CDU) hielt es für unverantwortlich, so zu tun, als wäre alles in Ordnung. Die CDU beantrage eine Bedarfskonzeption, weil heute schon feststehe, daß es nicht genügend Lehrer geben werde. Landeselternschaft, Grundschule und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hielten das auch für nötig. Wenn Schwier nicht sofort gegensteuere, gebe es im nächsten Schuljahr 1000 Grundschulklassen mit mehr als 30 Schülern. „Schule macht man nicht mit links“, schloß die Schulexpertin der CDU.

**Jarka Pazdziora-Merk** (SPD) warf ihr vor, erst zu fordern und dann über die Finanzen nachzudenken, so daß dann der Regierung die absolute Verschuldung vorgeworfen werde. Es gehe darum, wieder ein neues

Faß aufzumachen, Unruhe bei Eltern und Lehrern zu provozieren. Das Szenario werde nicht eintreten. Der Kultusminister könne wegen des jährlichen Haushalts nicht längerfristig planen. Kürzere Referendardzeiten seien nicht rechtens.

**Minister Hans Schwier** (SPD) wehrte den Eindruck ab, er halte alles für in Ordnung. Er sorge sich jedoch um Mißverständnisse im Hinblick auf das Lehrerstudium.

## Umweltschutz...

Fortsetzung von Seite 6

fraktion der CDU könne ihre Position auf Grund von Verhalten einzelner Mitglieder ihrer Partei in der Verfassungskommission nicht hinreichend darstellen. In der Frage des Gesetzesvorbehaltes sah Schnoor keinen Klärungsbedarf, da das Bundesverfassungsgericht in seiner Wesentlichkeitstheorie ohnehin die wichtigsten Entscheidungen im Staat in die Hände des Gesetzgebers gelegt habe. Die Grünen sollten nach seiner Meinung darauf achten, bei der Formulierung ihrer Vorschläge auch an die notwendigen Mehrheiten für deren Umsetzung zu denken.



Die Demokratie in Zaire und mögliche Hilfen aus NRW waren Gegenstand eines Gesprächs, das Vertreter der Union für Demokratie und Sozialen Fortschritt (UDPS) aus dem Zaire im Landtag führten. Der Besuch erfolgte auf Vermittlung des SPD-Abgeordneten Hans Klaps (4.v.l.). Der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhold Hemker (5.v.r.), sagte Initiativen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Zaire zu. Zur Zeit hat die UDPS 400 Mitglieder in Deutschland. Insgesamt sind rund 7 000 Menschen vor dem Regime Mobutu aus dem Zaire nach Deutschland geflohen. Foto: Schüler

## CDU vermutet bei Ministerin Versuch, höchstes Gericht unter Druck zu setzen

### Rau hofft auf hilfreiches Urteil für inneren Frieden

„Billigt die Landesregierung das Verhalten der Ministerin, die als Mitglied der Landesregierung vor der Verkündung des Urteils öffentlich zu einer derartigen Protestaktion gegen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auffordert?“ fragte die CDU-Abgeordnete **Marie-Luise Woldering** unter Hinweis auf das für den folgenden Freitag angekündigte Urteil zum Paragraphen 218. In der Fragestunde des Landtags am 26. Mai, äußerte sich die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann zu der Dringlichen Anfrage.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, zitierte aus ihrem Schreiben an die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Frauenhäuser, das keinen „Protest-Aufruf“ darstelle. In Pressemeldungen sei ihre Absicht, Frauen am Tag der Urteilsverkündung zu Wort kommen zu lassen, nicht korrekt wiedergegeben worden. Sie habe Spannung und Unruhe von Frauen aufgegriffen, die seit Monaten voller Sorge auf den Spruch aus Karlsruhe warteten.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) antwortete, Urteile des Bundesverfassungsgerichts seien von Politikern schon häufiger kritisiert worden. Die Ministerin habe die Formulierung „Protest“ zu Recht zurückgewiesen. Bei der Reform des Paragraphen 218 seien sich alle über das Ziel des verstärkten Schutzes des Lebens einig gewesen, quer durch alle Fraktionen und Parteien. Das Urteil, wie immer es ausfalle, werde viele Menschen bewegen.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) zeigte sich erfreut über die Erklärung der Ministerin, denn Protest sei vermutlich angesagt. Ob

dieser gerechtfertigt sei und von der Ministerin unterstützt würde, wenn Krankenhäuser Abbrüche verweigerten und Krankenkassen nicht zahlten, wollte sie wissen.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin, hielt die Auseinandersetzung mit dem Urteil nach dessen Verkündung für nötig. Frauen im Lande brauchten keinen Vormund, der ihnen sagt, was sie zu tun und zu lassen hätten. Auf die Zusatzfrage von **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU), wie sie Mißverständnisse bei den Angeschriebenen aufgrund ihres Fehlverhaltens und Proteste verhindern wolle, wies sie erneut auf den Wortlaut ihres Briefes hin, an dem sie nichts zu korrigieren habe.

**Marie-Luise Woldering** und **Maria Opladen** (beide CDU) sahen jedoch einen unerträglichen Angriff auf die im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie den Versuch, das Bundesverfassungsgericht unter Druck zu setzen.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) hielt es für richtig und angebracht, wenn sich die Gleichstellungsministerinnen am Ort des

Urteils trafen. Was das Gericht sage, werde gelten. Er hoffe auf ein hilfreiches Urteil, das dem inneren Frieden helfe.

**Brigitte Speth** (SPD) forderte die Ministerin auf, noch einmal zu erläutern, warum die Stellungnahme zu diesem Urteil so wichtig sei. Es gehe um eine Sache, die die Frauen existentiell betreffe, antwortete die Ministerin.

Nach dem Hinweis der Präsidentin auf andere Anfragen verlangte **Heinz Lanfermann** (F.D.P.) die offizielle Berichtigung des Fehlers „Protest“ als Presseerklärung der Landesregierung, wovon Rau sich jedoch keine größere Wirkung als von der Parlamentsöffentlichkeit vorstellen konnte.

**Maria Opladen** (CDU) fragte, wie die Landesregierung auf die Aufforderung an kommunale Gleichstellungsbeauftragte und Frauenhäuser, öffentlich zu protestieren, und auf die Bitte um Information über die Aktivitäten reagiert habe.

**Johannes Rau** (SPD), Ministerpräsident, hielt die Bitte um Information für völlig normal. An parteiübergreifenden Veranstaltungen mit unterschiedlichen Auffassungen sei nichts zu beanstanden. An eine öffentliche Rüge vor Bekanntwerden des Urteils sei, das sei richtiggestellt worden, nicht gedacht gewesen, sagte Rau, nachdem **Hartmut Schauerte** und **Karl Nagel** (beide CDU) erneut nachgehakt und Konsequenzen verlangt hatten.

## Kölner Institut bildet Anlaß zu Aktueller Stunde

„Klüngel und Vollzugsdefizite in Umweltbehörden?“ – unter dieses Thema war die Aktuelle Stunde des Landtags auf Antrag der Grünen gestellt, über das die Abgeordneten am 27. Mai debattierten.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) bezog sich auf einen Presseartikel, in dem schwere Vorwürfe gegen Mitarbeiter und Praxis des Kölner „Rheininstituts“ erhoben worden waren. Öffentliche Mittel seien zweckentfremdet und mißbraucht worden, es gebe dubiose Verbindungen zum Umweltministerium des Landes; kurz eine „Mischung von Kungel, Klüngel und Vollzugsdefizit im Umkreis des Umweltministeriums“. Das werfe viele Fragen auf, die der Minister zu beantworten habe. Denn es handele sich um schwerwiegende Vorwürfe, auf die man nicht mit Ausflüchten reagieren dürfe.

**Dr. Klaus Heugel** (SPD) versuchte, die „Unrichtigkeiten, Verdrehungen und Unterstellungen“ darzulegen, indem er auf Gründung und Auftrag des „Rheininstituts“ einging, das als gemeinnütziger Verein die Aufgabe habe, praxisnahe Hilfestellungen für Kommunen, Gewerbe und wasserwirt-

schaftliche Einrichtungen zu entwickeln. Heugel kritisierte die Qualität des zugrunde liegenden Artikels – ihr entspreche die Qualität des Antrags zu dieser Aktuellen Stunde – und betonte, selbst aus diesem Artikel lasse sich der Vorwurf ableiten, jemand habe sich die Taschen gefüllt.

**Umweltminister Klaus Matthies** (SPD) fragte, „wie politisch ausgeblutet müssen die Grünen in NRW sein, wenn ihre Themenartmut sie zu solchen Aktionen wie hier heute zwingt“. Das Thema sei an den Haaren herbeigezogen, die Grünen sollten, solange sie dazu noch fähig seien, zur Sacharbeit zurückkehren. „Das ist ein Stück aus dem politischen Schmierentheater, und Sie schaffen dafür als Landtagsfraktion das Forum“, hielt er der Fraktion vor und ging auf die Vorwürfe im einzelnen ein. Der zugrunde liegende dubiose Artikel habe bisher nicht weniger als 28 Widerrufs- und Unterlassungserklärungen provoziert, weitere würden folgen. Auch das zeige, wie fragwürdig die Vorwürfe seien. Der Minister bestritt jede Verbindung zum Umweltministerium.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) führte aus, sie habe sich in Köln zu der Sache Hintergrundinformationen besorgt: Die Unterstellungen stimmten nicht, daß der Vorsitzende sich bereichert hätte oder selbst in einem der die Mittel vergebenden Gremien säße. „Nach diesen Auskünften hätte diese ganze Aktuelle Stunde wie verpuffte heiße Luft abgetan werden können“, wenn auch ein

schaler Geschmack wegen „unsinnig verschleuderten Geldes oder unterirdisch betriebener politischer Spielchen“ bleibe. Die Abgeordnete kritisierte aber in diesem Zusammenhang das weiterhin bestehende Vollzugsdefizit im Umweltstrafrecht in diesem Lande.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) bezeichnete es als „absurd“, den Landtag mit einer solchen Aktuellen Stunde zu beschäftigen: „Das reicht nicht einmal für eine Aktuelle Viertelstunde im zuständigen Ausschuß“, betonte Kuhl und hielt den Grünen vor, sie hätten nichts gelernt, wollten nichts lernen und „sind absolut für das Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage, etwas Gescheites zu bringen“.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) empfand die Aktuelle Stunde als „Zumutung“ für Abgeordnete und Steuerzahler. Er hätte Verständnis dafür gehabt, wenn man über die hohen Abwassergebühren im ländlichen Raum oder über das Umweltrecht debattiert hätte. Aber angesichts dieses Themas müsse man sich fragen, „ob wir zukünftig Aktuelle Stunden nicht auch einmal durch Nichttreden erledigen könnten“.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) stellte fest, daß die von den Grünen erhobenen Vorwürfe in keiner Weise widerlegt worden seien. Der Umweltminister sei wieder einmal nicht auf die Inhalte eingegangen, sondern habe nur widerlegt, was vorher nicht behauptet worden sei.

## CDU und F.D.P. fordern von Rau Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik

### Einert und SPD sehen keinen Grund zu dramatischem Kurswechsel

Der Landtag hat mehrheitlich in direkter Abstimmung einen Antrag der F.D.P.-Fraktion abgelehnt, der — noch während der Debatte mehrfach geändert — darauf hinauslief, der Ministerpräsident solle noch vor der Sommerpause eine Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik und zum Standort NRW abgeben.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, forderte den Ministerpräsidenten auf, in der nächsten Sitzung des Landtags, also noch vor der Sommerpause, eine Regierungserklärung zum fälligen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Strukturpolitik abzugeben. Es könne nicht angehen, daß sich der Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD allein um die Nachfolgeprobleme seiner Partei kümmere, aber den notwendigen Kurswechsel für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht vollziehe. Er sei in erster Linie dem Land NRW gegenüber verantwortlich. Der Ministerpräsident müsse endlich die notwendigen Kurswechsel in der Strukturpolitik für NRW herbeiführen. Er solle eine ungeschminkte Bestandsaufnahme in einer Regierungserklärung klarmachen. Die F.D.P. sei bereit, an einer neuen Wirtschaftspolitik mitzuwirken.

**Loke Mernizka** (SPD) hielt dem Vorredner vor, die Montanindustrie sei ein wichtiger Bestandteil der deutschen Industrie insgesamt und auch in NRW ein wichtiger Bestandteil und beinhalte eine moderne Hochtechnologie. Man habe nie verschwiegen, daß natürlich durch einige strukturelle Bedingungen in NRW die Daten schwächer seien als in anderen Ländern. Dennoch erlebe man heute den Run von Politikern aus Bayern und Baden-Württemberg nach NRW, um sich zu erkundigen, wie eine erfolgreiche Strukturpolitik eigentlich vorstatten gehe. Im übrigen wies der Abgeordnete darauf hin, die Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik würden in Bonn und in Brüssel gemacht und nicht in NRW.

**Laurenz Meyer** (CDU) meinte, die Bürger wüßten überhaupt nicht, was diese Landesregierung tun wolle, um die Strukturdaten zu ändern, um dieser Strukturkrise zu begegnen. Ganze Branchen brächen weg. Innovationen seien nicht sichtbar. Die Landesregierung habe sich zu lange gegen jede neue Technologie gewehrt. Wenn die SPD beklage, daß zuwenig Forschungsmittel ins Land flößen, dann müsse sie sich fragen lassen, warum sie vor Zeiten nicht zusätzliche Fraunhofer- und Max-Planck-Institute hier gefordert habe. Sie habe sich nicht an der Finanzierung beteiligen wollen. Nicht eine einzige Initiative sei gestartet worden.



Der niederländische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Peter van Walsum (M.), hat der Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtages, Ingeborg Friebe (r.), einen Antrittsbesuch abgestattet. Der Botschafter wurde vom niederländischen Generalkonsul in NRW, Johan G. Wilbrennick (l.) begleitet.

Foto: Schüler

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) sagte, daß die Ruhrgebietsproblematik brennend sei, das sei offensichtlich Gemeingut. Man könne seit Jahren und Jahrzehnten einen systematischen gravierenden Unterschied zwischen NRW insgesamt und der speziellen Problematik im Ruhrgebiet. Wenn man NRW als Wirtschaftsraum ohne das Ruhrgebiet definieren würde, käme man zu einer vergleichbaren Situation mit anderen Räumen der Bundesrepublik. Man könne allerdings nicht erwarten, daß das Ruhrgebiet so auszusehen habe wie München oder Stuttgart. Das führe wirklich in die Irre. Man könne nicht überall High-Tech-Ballungsräume haben.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) sah keinen Anlaß, einen dramatischen Kurswechsel „in unserer Strukturpolitik zu vollziehen. Im Gegenteil, wir müssen uns bestätigt fühlen, daß die Investitionschancen im Ruhrgebiet von der Wirtschaft noch stärker und noch intensiver genutzt werden müssen. Wir haben nun einmal ein Ordnungssystem, das im wesentlichen auf den Investitionsentscheidungen der Unternehmen beruht. Wir bemühen uns, die Rahmenvorstellungen und die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern und zu erhalten.“ Der Minister folgte, das sei keine Politik des Strukturerehalts, sondern der Strukturveränderung, „zu der wir stehen“. Man sei stolz darauf, daß man den bisherigen und zukünftigen Strukturwandel in NRW und damit auch im Ruhrgebiet unter Rücksichtnahme auf die sozialen Implikationen steuere, „und bei uns wirklich die Gesundheit des Sozialwesens erhalten bleibt“, nicht aber seine Rückkehr in einen falsch verstandenen Liberalismus darstelle.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, machte deutlich, wenn die Opposition bestimmte kritische Punkte in einer Wirtschaftssituation vortrage, sollte man nicht dieses Schwarzweißspiel treiben, in dem die einen diejenigen seien, die das Land kaputtredeten, während die anderen von „Kein

schöner Land in dieser Zeit“ sprächen. Das bringe dieses Land nicht weiter. „Die Situation ist verdammt ernst. Sie ist so ernst, daß wir uns jeden Monat mit der wirtschaftlichen Situation in Nordrhein-Westfalen beschäftigen müssen“, sagte Linssen. Er äußerte die Bitte, der Ministerpräsident möge die nächste Debatte mit der Regierungserklärung einleiten.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, zitierte den Teil des F.D.P.-Antrages, wonach der Ministerpräsident noch vor der Sommerpause eine Regierungserklärung zum fälligen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Strukturpolitik abgeben sollte.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) Fraktionsvorsitzender, zeigte auf, welches Spiel hier getrieben werde. Man befinde sich aufgrund der Bonner Regierungspolitik in der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Situation „verlangen Sie von uns ernsthaft eine Regierungserklärung zum fälligen Kurswechsel. Da kann ich nur sagen: Zum fälligen Kurswechsel in Bonn, zum fälligen Kurswechsel in der Verschuldungspolitik in Bonn, nicht aber in der Landesregierung“.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) bot Abstimmung über eine neue Formulierung ohne Forderung nach Kurswechsel an.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, sprach von „Brimborium“ und „heißer Luft“. „Wir sind nicht bereit, hier einen solchen Quatsch mitzumachen, und werden diesen Antrag ablehnen.“

Auf Zuruf der Landtagspräsidentin verlas Rohde den Text des neu formulierten Antrags: „Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert den Ministerpräsidenten auf, noch vor der Sommerpause eine Regierungserklärung zur Wettbewerbsfähigkeit

Fortsetzung Seite 14

## Bei Berufsentscheidung gibt in Japan der Betrieb den Ausschlag

### Jeder Universitätsabsolvent kann im Prinzip als Lehrer zugelassen werden

Eine Kommission des Ausschusses für Schule und Weiterbildung hat sich in der zweiten Aprilhälfte in Japan aufgehalten, um bei dieser Studienreise Einblick in Stärken und Schwächen des japanischen Bildungssystems zu erhalten. Nachdem in der vorigen Ausgabe von „Landtag intern“ der erste Teil des Reiseberichts abgedruckt war, folgt nun die Fortsetzung. Der erste Teil endete mit der Darstellung des harten und mit viel Zeitaufwand verbundenen Übergangs zu einer der renommierten Oberschulen oder Universitäten. Hilfe dabei bieten die sogenannten „Jukus“, spezielle Vorbereitungsschulen, die ihre Schüler gezielt auf Aufnahmeprüfungen zur nächsthöheren Schulstufe vorbereiten.

Rund 40000 davon gibt es in Japan, die größte – das Yoyogi-Seminar – strahlt ihren Unterricht per Satellit in alle Landesteile aus. Nach Juku-Schluß wird dann noch einmal zu Hause eine Lernschicht eingelegt: Zehn- bis Zwölfjährige, die sich zum Beispiel auf die Aufnahmeprüfung einer der „angesehenen“ privaten weiterführenden Schulen vorbereiten, kommen selten vor Mitternacht ins Bett.

Eine Verordnung des Erziehungsministeriums gibt an, welche Fächer und wie viele Unterrichtsstunden pro Jahr in den einzelnen Fächern zu erteilen sind. In einem vom Ministerium herausgegebenen „Studienkurs“ werden das eigentliche Unterrichtsziel des einzelnen Faches sowie die Gegenstände und Standardinhalte des Unterrichts für jedes Fach und jede Klasse umrissen. Man geht von einem jährlichen Mindestunterricht von 35 Wochen aus. In den Grundschulen sind zwischen 25 in der ersten und 29 in der zweiten Klasse vorgeschrieben. In den Mittelschulen beträgt das Wochenstundenmaß in allen Klassen 30. Drei Stunden sind der Fremdsprache vorbehalten. In der Oberschule sind 32 Wochenstunden das Minimum. Für alle sind landesweit Japanisch, Gesellschaftskunde, Musik, Kunst, Handarbeit, Kalligraphie als Pflichtfächer mit bestimmter Stundenzahl vorgesehen. Dazu wählen die einzelnen Schulen Wahlpflichtfächer aus, darunter die Fremdsprachen. Voraussetzung für den erfolgreichen Besuch einer Oberschule ist – neben der Abschlußprüfung – der Erwerb von 80 sogenannten Studieneinheiten (eine Studieneinheit entspricht 35 Jahreswochenstunden): Hat ein Schüler das vierstündige Fach Japanisch in einer Klasse erfolgreich absolviert, erntet er also vier Studieneinheiten. Eine Schulstunde dauert in der Oberschule 50 Minuten, einzige Fremdsprache ist fast generell Englisch, durchschnittlich vier Stunden pro Woche. Nur spezielle Oberschulen bieten daneben weitere Fremdsprachen an, wie Deutsch, Französisch oder Chinesisch – meist dreistündig –, aber offenbar nicht in allen drei Oberschuljahren durchgehend. Grundschullehrer werden gewöhnlich in vierjährigen Studienkursen ausgebildet. Mittelschul- und Oberschullehrer kommen aus verschiedenen nicht graduierten und graduierten Kursen öffentlicher oder privater Uni-

versitäten. Die Zulassung als Lehrer kann jeder Universitätsabsolvent erhalten, wenn er eine bestimmte Zahl von Studieneinheiten (Credits) in pädagogischen Fächern, fachbezogenen Fächern und dem Studium generale nachweisen kann.

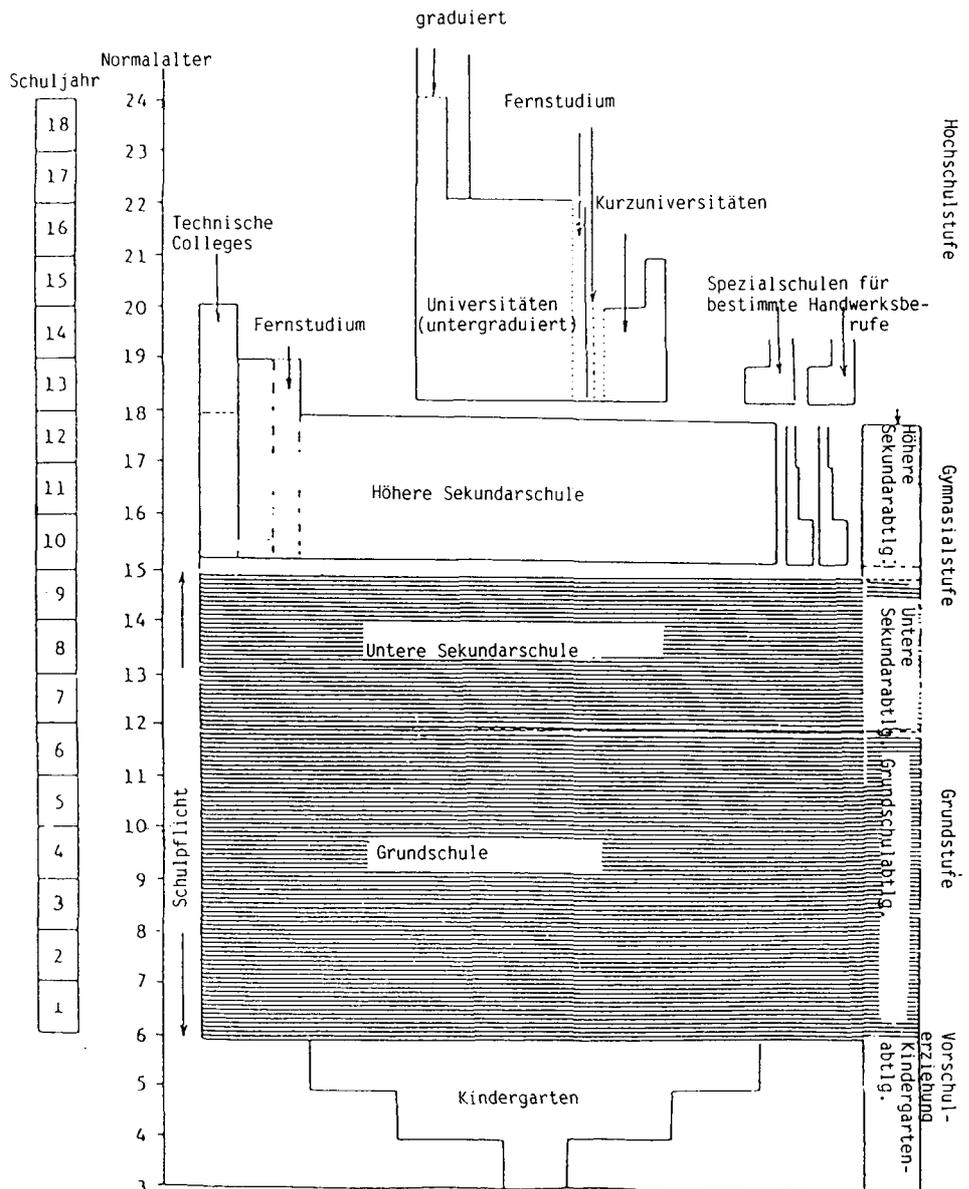
Im Jahr 1992 besuchten rund 8,9 Millionen Schüler/innen etwa 24700 staatliche kommunale und private Grundschulen. 11300 Mittelschulen dieser Art wurden von rund fünf Millionen Schülerinnen und Schülern und 5500 Oberschulen von rund 5,2 Millionen Schülerinnen und Schülern besucht. Das Haushaltsbudget des Erziehungsministeriums betrug 5,3 Billionen Yen, das sind knapp 14 Prozent des gesamten Landeshaushalts.

Die Berufsausbildung in Japan findet in der Regel erst am Arbeitsplatz statt. Nur wenige Arbeitnehmer erhalten eine spezielle

Berufsausbildung, die einer betrieblichen Lehre in Nordrhein-Westfalen entspricht. Je nach Ausbildungsstand werden die Abteilungen eines Unternehmens durchlaufen. Die Ausbildung im Betrieb ist mit der eines Trainee in Deutschland zu vergleichen. In der Regel wird nach dem Prinzip learning-by-doing und on-the-job-training vorgegangen und dabei von – je nach Betriebsgröße – gut ausgebauten Fort- und Weiterbildungssystemen profitiert. Die stark auf das Unternehmen ausgerichtete Ausbildung erklärt, daß der Japaner nicht seinen Beruf, sondern seinen Betrieb aussucht. Die Unternehmen testen die Bewerber auf ihren Fundus an Allgemeinwissen, Motivation, Auftreten, Sozialfähigkeit und Loyalität gegenüber ihrem künftigen Arbeitgeber. Spezielle Fachkenntnisse spielen eine untergeordnete Rolle.

Besuche im Deutschen Institut für Japanstudien bei Professor Dr. Josef Kreiner in Tokyo sowie im Goethe-Institut in Kyoto rundeten die Informationen und Eindrücke der Studienreise über und um das japanische Erziehungs- und Bildungswesen ab.

Organisation des gegenwärtigen japanischen Schulsystems



## Unterausschuß nahm Leitlinien der NRW-Entwicklungspolitik entgegen

In seinem Bericht wies Clement auf die Zuständigkeit des Bundes hin, der seine Entwicklungspolitik mit den Vereinten Nationen, der EG und ihren Mitgliedstaaten abstimmt. Seit 1962 beteilige sich Nordrhein-Westfalen. Die Kooperation in einem Bund-Länder-Ausschuß, in Fachministerkonferenzen und in der Ministerpräsidentenkonferenz solle intensiviert werden.

Das Partnerland Brandenburg arbeite mit NRW zusammen. Mehrere Gruppen junger Brandenburger hätten im Rahmen des Konkreten Friedensdienstes persönliche Eindrücke in Entwicklungsländern gewonnen. Treffen von Dritte-Welt-Gruppen hätten zu gemeinsamen Auslandsprojekten geführt. Der Konkrete Friedensdienst finde immer größere Resonanz. Seit 1986 hätten fast 1000 junge NRW-Bürgerinnen und Bürger im Alter von 16 bis 28 Jahren in mehr als 2000 Projekten die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in rund 20 Ländern persönlich kennengelernt. Die Geschäftsführung sei der Landesstelle NRW der Carl-Duisberg-Gesellschaft übertragen worden.

An den Stipendienprogrammen der Landesregierung hätten sich vor allem die Ressorts Umwelt/Raumordnung/Landwirtschaft (seit 1986 170 Stipendiaten, darunter 50 chinesische Agrarwirtschaftler), Kultus (Fortbildung von 60 Metalltechnik-Lehrern pro Jahr und von zehn tunesischen Hotelfachkräften), Wissenschaft/Forschung (150 Stipendiaten jährlich, hohe Rückkehrquote von 97 Prozent) beteiligt. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie biete seit 1965 Stipendien für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern für die gewerbliche Wirtschaft an mit dem Ziel der Rückkehr in die Heimat. Seit 1981 seien fast 300 Stipendien an Chinesen aus drei Provinzen vergeben worden.

Zu den Stipendiaten kommen, so wird in der Broschüre festgestellt, fast 23000 Studierende aus Entwicklungsländern an NRW-Hochschulen ohne direkte Landesförderung, wobei jedoch die Studienplatzkosten zu Buche schlugen.

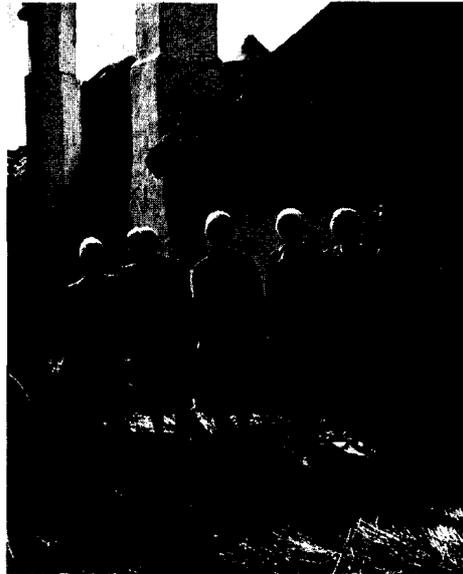
Regionale Schwerpunkte dienten der besseren Verteilung der Ressourcen und förderten die Zusammenarbeit untereinander. Im südlichen Afrika seien Maßnahmen geplant in: Mosambik, Simbabwe, Sambia, Namibia, Angola und voraussichtlich Südafrika. Zu Vietnam gebe es gute Beziehungen, das Haushaltswesen werde, so teilte Clement ergänzend mit, nach NRW-Vorbild aufgebaut. Die Hilfe in China sei nach dem Massaker auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ 1989 zurückgestellt worden.

Von Partnerschaften sehe NRW weiterhin ab. Solche Bindungen würden nur unerfüllbare finanzielle Erwartungen wecken und die Geber-Nehmer-Haltung verstärken.

Die Landesausstellung „Dritte Welt und Wir“ sei von 1985 bis 1991 in fast 100 Städten von rund 400000 Besuchern gesehen worden. Ihr Erfolg habe alle Erwartungen übertroffen. Derzeit werde an einer neuen Ausstellung gearbeitet. Die Überwindung des Ost-West-Konflikts habe auch den Blick für eine ideologiefreiere Analyse der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, der grenzüberschreitenden Umweltzerstörungen und der dramatischen Flüchtlingsbewegungen freigemacht. Die Auflage des Informationsdienstes „Dritte Welt und Wir in NRW“ sei aufgrund steigender Nachfrage auf 15000 Exemplare pro

### „Nachhaltiges“ Wirtschaften im Norden der Erde und Öffnen des Weltmarkts für den Süden

Im Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit des Hauptausschusses stellte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement in der von Jürgen Büssow (SPD) geleiteten Sitzung am 19. Mai die „Leitlinien der Entwicklungspolitik“ der NRW-Landesregierung vor und verteidigte die bisher verfolgten Zielgruppen-Programme, die angesichts der Zuständigkeit des Bundes und knapper Landesmittel optimale Breitenwirkung erzielten. Die Fraktionen im Unterausschuß befürworteten im Grundsatz Aktivitäten des Landes. Aus der Opposition kamen jedoch Anregungen, die Entwicklungszusammenarbeit zu konzentrieren.



Strohdächer als angepasstes Bauen bei einem Farm- und Frauenprojekt im Süden von Simbabwe (l.), deutsch-afrikanischer Walzertanz bei der Einweihung des mit Landesmitteln unterstützten Frauenbildungszentrums in Plumtree/Simbabwe (r.).  
Fotos: Reinhold Hemker



Quartal gestiegen. Die Förderung der Bildungsarbeit von Dritte-Welt-Gruppen werde wegen starker Nachfrage ab 1993 erweitert. 1991 sei die Landesarbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Zentren in Münster gegründet worden, der 17 Arbeitsgemeinschaften aus 15 Gemeinden in ganz NRW angehörten.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden werde, so teilte Clement dem Unterausschuß mit, ab 1. Juli 1993 in eine Stiftung privaten Rechts umgewandelt. Sie sei 1986 durch Initiative von Willy Brandt gegründet worden. Die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen beteiligten sich. Sie verfüge 1993 über 13,1 Millionen Mark. Von der parteiübergreifenden Tätigkeit erwarte die Landesregierung Vordenken und Anstöße für die entwicklungspolitische Diskussion.

Mit Hilfe der zum 70. Geburtstag des früheren NRW-Ministerpräsidenten gegründeten Heinz-Kühn-Stiftung sei ein Journalistenaustausch mit Entwicklungsländern in

Gang gebracht worden. Durchschnittlich reisten jährlich zwölf Journalisten aus NRW in Entwicklungsländer und kämen fünf Journalisten von dort zu deutschen Medien. Künftig sollten Osteuropa und Israel einbezogen werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung veranstalte Seminare und Tagungen und biete rund 30 Ton- und Videokassetten mit entwicklungspolitischen Themen sowie zahlreiche Publikationen an.

Bei den finanziellen Gesamtleistungen steht NRW nach den Feststellungen der Staatskanzlei an erster Stelle unter den Ländern. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit habe für 1991 jährliche Ländermittel von insgesamt 600 Millionen Mark errechnet. Ohne Studienplatzkosten ergebe sich eine Leistung von insgesamt 137,4 Millionen Mark, davon seien rund 43 Millionen Mark von Baden-Württemberg und

Fortsetzung Seite 17

„Die Lebensverhältnisse der Menschen im Norden und Süden der Erde entwickeln sich immer mehr auseinander. Familienstrukturen und soziale Netze werden zunehmend zerstört. Frauen und Kinder sind die besonderen Opfer dramatischer Fehlentwicklungen. Die Zerstörung überlieferter Lebensgrundlagen veranlaßt ungezählte Menschen, aus ihren Heimatländern zu fliehen... Die Industriestaaten des Nordens haben globale Fehlentwicklungen auch in den Entwicklungsländern mitverursacht... Wer die Selbstvernichtung auf der Erde durch Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen verhindern will, muß im industrialisierten Norden das Denken und Verhalten, die Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten ändern und im Süden die Ursachen der Verarmung bekämpfen.“  
Dort gehöre Bevölkerungswachstum zu den Ursachen von Umweltzerstörung. Durch „nachhaltiges Wirtschaften“ müßten, wie beim Umweltgipfel in Rio vereinbart, auch ökologische Kosten einkalkuliert werden. Zu Lasten künftiger Generationen dürfe nicht mehr gewirtschaftet werden. Auch nach diesem Modell sei weiteres globales Wirtschaftswachstum erforderlich, allerdings anders als bisher.  
(aus: „Leitlinien“)

## Neuer Ausschuß hörte in Köln Regierungsvertreter, Verwaltungsbeamte und Beraterfirmen

# Verwaltungsstrukturen: Alle sollen auf den Prüfstand

Mit einer zweitägigen Sitzung begann der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform am 19. und 20. Mai 1993 die Anhörung von Sachverständigen zu der Frage, ob der Gesamtaufbau der staatlichen Verwaltung den künftigen Herausforderungen entspricht. In drei Beratungsblöcken wurden Vertreter der Landesregierung, Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Verwaltungsebenen sowie private Beratungsunternehmen zu den Gesprächen gebeten.

Mit dem ersten Block wurden die Beratungen der letzten Ausschußsitzung (Landtag intern berichtete) zu den Themen — Historische Entwicklung der Landesverwaltung, rechtliche Grundlagen, bisherige Reformansätze und aktueller Stand der Reformüberlegungen — fortgesetzt. Der Ausschußvorsitzende, Ulrich Schmidt (SPD), bat die Vertreter der Ministerien, insbesondere auf die Grundrisse des Vorgehens der Landesregierung bei der Deregulierung und beim Abbau von Standards einzugehen. Mit den Berichten von Staatssekretär Riotte und Ministerialdirigent Dr. Rombach wurde deutlich gemacht, daß das Finanzministerium und das Innenministerium arbeitsteilig vorgehen. Verfahrensregeln und Standards, welche die Kommunen betreffen, werden vom Innenministerium überprüft. Solche, die ausschließlich Landesbehörden tangieren, bearbeitet das Finanzministerium. Dr. Achim Rohde (F.D.P.) fragte im Laufe der breiten und regen Diskussion nach, welche Prioritäten bei der Reorganisation die Landesregierung bisher gesetzt habe. Staatssekretär Riotte erläuterte das Aufgabenspektrum; eine Prioritätensetzung sei noch nicht erfolgt.

## Regelungsdichte abbauen

Breiten Raum nahmen die Diskussionen um die Frage des Verhältnisses von Bündelungsbehörden zu Formen der Sonderverwaltung ein. Ministerialdirigent Dr. Rombach erläuterte hierzu den Diskussionsstand und die Elemente anhand des Gebietsorganisationsmodells, dem zum Beispiel die Behörde „Regierungspräsident“ entspricht und des Aufgabenorganisationsmodells, dem die bestehenden 17 Landesoberbehörden folgen. Erörtert wurde weiter das Modell der Regionalkreise, ein Vorschlag, der zuletzt in den 70er Jahren diskutiert wurde, damals aber an verfassungsrechtlichen, landespolitischen und nicht zuletzt pragmatischen Bedenken scheiterte.

Johannes Pflug (SPD) erklärte, daß abgesehen von den Eckpunkten Land und Kommune die bestehenden Organisationsformen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand gestellt werden müßten; Tabus dürfe es hierbei nicht geben. Er erinnerte an den Einsetzungsbeschluß für diesen Ausschuß.

Im zweiten Themenblock dieser Sitzung beschäftigten sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit den Argumenten der betroffenen Verwaltungsebenen. Städte, Kreise und Gemeinden waren durch ihre



Vertreter der Beraterfirmen und Verbände bei der Tagung in Köln: v.r. Günter J. Zündel, Dr. Roland Dumont du Voitel und Dr. Edward Marcic von der Firma Zuendel und Partner, Professor Dr. Oebbeke, Erster Beigeordneter des Landkreistages, Professor Dr. Jürgen Stölzer und Eckard Wohlbehagen von der Firma Mummert und Partner, Klaus Hecking von der Firma Roland Berger und Partner GmbH sowie Dr. Dieter Fuchs, Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland.

Spitzenverbände vertreten; die Landschaftsverbände und der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) wurden angehört. Die Behörde „Regierungspräsident“ war durch ihre Leiter aus Köln und Detmold repräsentiert. In dieser Gesprächsrunde wurde deutlich spürbar, welchen Interessenkonflikten sich der Ausschuß bei seiner künftigen Arbeit gegenüber sehen wird.

Dr. Michael Mombaur führte in seinem Beitrag für den Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund aus, daß sich der Bürger in seiner Gemeinde bis hin zur Europäischen Gemeinschaft mittlerweile neun Verwaltungsebenen gegenübersehe. Das einzelne Ratsmitglied fühle dementsprechend seinen eigenen Gestaltungsspielraum schwinden. Er hielt neben der Europäischen Gemeinschaft, dem Bund und dem Land die Gemeinden für unverzichtbar. Die Kreise, der KVR, die Landschaftsverbände und die Regionalkonferenzen könnten zu einer neuen Ebene geformt werden. Professor Dr. Oebbeke, der Erste Beigeordnete des Landkreistages, hielt u. a. eine leistungsfähige Bündelungsbehörde oberhalb der Kreisebene für unverzichtbar. Es solle unbedingt am Bündelungsprinzip festgehalten werden. Die Neubildung von Behörden, wie sie jetzt für den Naturschutz vorgesehen sind, solle in jedem Fall unterbleiben. Als Strukturkriterium für eine Reorganisation im übrigen empfahl er, daß Aufgabenverantwortung und Ausgabenlast zusammengefaßt werden sollten. In der Vergangenheit habe er festgestellt, daß das Wirtschaften auf fremde Kosten, wie es bei Umlageverbänden anzutreffen sei, mitunter etwas Verführerisches habe.

Beate Zielke führte für den Städtetag Nordrhein-Westfalen aus, daß eine bürgernahe, effektive und transparente Aufgabewahrnehmung die kommunale Aufgabewahrnehmung sei. In der Zukunft müsse aber Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand liegen; die Regelungsdichte sei konsequent abzubauen. Für die Region wurde sowohl die Arbeit der Landschaftsverbände wie auch der Regierungspräsidenten

positiv gewürdigt. Landessonderbehörden, Landesinstituten und ähnlichem stehe der Städtetag kritisch gegenüber. Die zukünftige Funktion staatlicher Mittelbehörden sah Frau Zielke insbesondere bei der Rechtsaufsicht.

Dr. Manfred Scholle und Dr. Dieter Fuchs von den Landschaftsverbänden sowie Professor Dr. Jürgen Gramke vom KVR schilderten die funktionelle und effektive Aufgabewahrnehmung in ihren Kommunalverbänden. Alle betonten, daß ihre jeweiligen Institutionen eine strenge Prüfung von Aufgabenbestand und Aufgabewahrnehmung nicht zu scheuen hätten.

Regierungspräsident Walter Stich aus Detmold erläuterte eingehend die Bündelungsfunktion; angesichts der zunehmenden Komplexität von Verwaltungsentscheidungen sehe er keine Alternative. Wichtig war ihm ein deutlicher Hinweis darauf, daß er in einer Parlamentarisierung staatlicher Behörden oder einer Kommunalisierung staatlicher Aufgaben keinen vernünftigen Weg erkennen könne.

Regierungspräsident Dr. Antwerpes aus Köln erläuterte die Bündelungsfunktion seiner Behörde an Beispielen. Aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen könne er nicht erkennen, wie aus Verwaltungsstrukturänderungen Kostenersparnisse erwachsen sollten. Vielmehr führe die Finanzknappheit aus seiner Sicht dazu, daß weniger Aufgaben wahrgenommen werden könnten. Die wenigen Doppelzuständigkeiten, die er benennen könne, führten jedenfalls nicht zu namhaften Einsparpotentialen. Für die Diskussion um die Absenkung von Standards der Aufgabenerfüllung wies Dr. Antwerpes darauf hin, daß mit diesen Standards das wichtige landespolitische Ziel gleicher Lebensverhältnisse sichergestellt werde.

In der anschließenden Diskussion machte Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) deutlich, daß es nicht Ziel sein könne, künftig Leistungen des Staates derart abzubauen oder zu privatisieren, wie dies am Beispiel Großbritanniens zu beobachten sei. Für Stefan Frechen (SPD) kann es nicht Aufgabe des Aus-

schusses sein, einmal mehr auf Kosten der Schwachen in der Bevölkerung zu sparen. Im dritten Teil der Anhörung gingen die Parlamentarier und Parlamentarierinnen der Frage nach, welche Beiträge private Unternehmensberatungsgesellschaften zur Reorganisation von Teilen der Landesverwaltung liefern können. Es zeigte sich hier, daß eine große Zahl von Beratungsunternehmen bereits einschlägige Erfahrungen in abgegrenzten öffentlichen Organisationen sammeln konnten.

In diesem Zusammenhang erinnerte Heinz Paus (CDU) daran, daß die Landesregierung gebeten sei, allgemeine Prinzipien ihrer Gutachtensvergabe mitzuteilen sowie generalisierbare Erkenntnisse aus diesen Gutachten in Listenform zu berichten, damit der Ausschuß dies in seine Arbeit integrieren könne. Die Unternehmensberater berichteten ausführlich von ihren nationalen und internationalen Erfahrungen in der Beratung öffentlicher Verwaltungen. Dabei wurde deutlich, daß derzeit in sieben Bundesländern Verwaltungsreformvorhaben mit unterschiedlichen Zielen und unterschiedlicher Intensität laufen. Dem Verwaltungsstrukturreformauschluß des Landtags Nordrhein-Westfalen empfahlen sich die Gutachter als wissenschaftliche Berater für die Instrumente und Vorgehensweise des Ausschusses.

In der kommenden Sitzung wird der Ausschuß nun ausgewählte Wissenschaftler zu ihren Reformvorstellungen befragen. Außerdem ist die Landesregierung gebeten worden, über geplante Entwicklungen in der Umweltverwaltung — insbesondere zum Grünen Umweltschutz — zu berichten.

### Stenografiewettbewerb

Leverkusen war in diesem Jahr vom 19. bis 22. Mai Austragungsort der Deutschen Meisterschaften für Kurzschrift, Maschinen- und Computerschreiben. Vom Stenographischen Dienst des Landtags NW nahmen Eva-Maria Bartylla und Uwe Scheidel am Stenografiewettbewerb teil. Frau Bartylla meisterte eine Geschwindigkeit von 400 Silben; Uwe Scheidel konnte sich mit 320 Silben behaupten. Er belegte außerdem in Englischer Kurzschrift mit einer Leistung von 220 Silben den 3. Platz.

## Zustimmung für Staatsvertrag mit jüdischen Gemeinden in NRW

*Einstimmig hat der Landtag am 27. Mai den Staatsvertrag zwischen dem Land NRW und den jüdischen Gemeinden im Lande verabschiedet. Er sieht materielle und finanzielle Hilfen für den Erhalt des Bestandes der jüdischen Gemeinden vor und ist Ausdruck der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes für das jüdische Leben und des guten Verhältnisses zwischen NRW und den jüdischen Kultusgemeinden mit zur Zeit rund 6 500 Gemeindegliedern.*

**Reinhard Grätz** (SPD) sagte, durch Zuwanderung werde sich die Zahl der jüdischen Mitbürger in Deutschland in Kürze verdoppeln, das rechtfertige die Steigerung der

Fortsetzung Seite 18



*Der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation für Wirtschafts- und Sozialfragen der Staatengemeinschaft und Vorsitzende der Deutschlandgruppe des Russischen Parlaments, Professor Granberg (l.), hat während seines Deutschlandaufenthalts auch den Landtag in Düsseldorf besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) zu einem politischen Meinungsaustausch empfangen worden. Granberg nahm am Rhein an einer vom Zentrum für Deutsch-Russische Wirtschaftskooperation (ZDRW) Düsseldorf-Moskau organisierten Fachveranstaltung teil.*

Foto: Schüler

## FC Landtag trat an Himmelfahrt in Dortmund und in Duisburg an

### Spannung

Auf Initiative des Landtagsabgeordneten Bodo Champignon, der sich während des Spiels über den Platzlautsprecher als sachkundiger Kommentator profilierte, trat der FCL zum traditionellen Himmelfahrts-Fußballfest bei Viktoria Derne in Dortmund an. Bis zum Anpfiff goß es wie aus Kübeln; die gastfreundliche Atmosphäre und die gute Laune konnte dies allerdings nicht beeinträchtigen. Auf seifigem Boden entwickelte sich ein spannendes Spiel, das hin- und herwogte und immer auf Messers Schneide stand. Am Ende hatte der FCL mit 5:4 die Nase vorn. Das war nicht zuletzt den Verstärkungen zu verdanken, die der FCL aus den Reihen von Viktoria Derne erhalten

hatte. Aber auch sein eigenes Licht brauchte die Landtagsmannschaft an diesem Tag nicht unter den Scheffel zu stellen: Reinhold Hemker glänzte bei seiner Torhüter-Premiere durch kluges Stellungsspiel, an den vier Gegentoren war er schuldlos. Uwe Herder und Hans Kraft gaben der Abwehr die zum knappen Sieg nötige Festigkeit, wobei Hans Kraft sich sogar noch in die Torschützenliste eintragen konnte. Erfolgreich war hier auch Günter Langen, der als rechter Flügelstürmer einmal mehr sein großes Ballgefühl demonstrieren konnte und das Leder beinahe ins Netz streichelte. Die drei übrigen FCL-Treffer erzielte Jürgen Cosse, der sich durch die Derner Abwehr schlängelte und dem Torwart mit Schüssen in die lange Ecke keine Chance ließ.

### Erfolg gegen Profis

Zugunsten der Kindernothilfe stellte sich der FC-Landtag in seinem zweiten Spiel an Himmelfahrt dem All-Star-Team aus ehemaligen Bundesliga-Profis wie Zewe, Schacht, Seliger, Dubski, Danzberg. Mit von der Partie beim Sportfest im Duisburger Wedaustadion war auch der mittlerweile 70jährige, aber äußerst agile und technisch versierte Horst Buhtz, der 1952 als erster deutscher Fußballprofi in Italien wurde. Verstärkt durch Bayer Uerdingens Keeper Dreher, durch Rößmann, Herget und Gecks bot der FCL eine sehr gute Leistung. Er hielt dem All-Star-Team nicht nur mit seinem Abwehrbollwerk Paus, Rößmann, Herder stand, sondern spielte durchaus mit und setzte spielerische Akzente: Der laufstarke Hans Kraft sorgte im Mittelfeld für Schwung und ergänzte sich vorbildlich mit Herget. Die gut

bedienten Sturmspitzen Ruppert und Gecks wiederum bereiteten der Profi-Abwehr ein ums andere Mal Probleme.

Teamchef Uwe Herder brachte den FCL mit einem trockenen Schuß aus halblinker Position in Führung; wahre Jubelstürme unter den mehreren hundert Zuschauern aber entfachte dann Werner Mayer, der das Leder per Kopf zum 2:1 in die Maschen wuchtete, wobei der Ball auch noch spektakulär die Unterkante der Latte touchierte. 3:1 führte der FCL dann durch das Tor von Herget. Das All-Star-Team kämpfte verbissen, verschenkte nichts, lief sich aber lange Zeit fest, bis dann schließlich doch der Ausgleich und sogar die Führung gelang. Das jedoch ließ den FCL nicht ruhen; er mobilisierte noch einmal alle Kräfte und kam durch Pille Gecks zum vielumjubelten Ausgleich. Ein großartiger Erfolg.

## Streit im Ausschuß über Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften

### „Umsetzung der Regelstudienzeit ist nichts Neues“

In der Abstimmungssitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 13. Mai wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drs. 11/4621) mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen. Die zuvor von der F.D.P.-Fraktion und von der Fraktion DIE GRÜNEN beantragte Verschiebung der Abstimmungssitzung war abgelehnt worden.

Insgesamt 42 Änderungsanträge haben sich auf den Gesetzentwurf ausgewirkt. Die Änderungsanträge der drei Oppositionsfraktionen fanden, bis auf eine von der Fraktion DIE GRÜNEN vorgeschlagene Ergänzung und abgesehen von solchen Anträgen, die vor der Abstimmung als inhaltsgleich zu den übernommenen SPD-Änderungsanträgen bewertet wurden, nicht die Mehrheit im Ausschuß. Die bereits vor dem Gesetzentwurf der Landesregierung von der Fraktion der CDU eingebrachten Initiativen (Gesetzentwurf hinsichtlich der Promotionszulassung für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen – Drs. 11/1820 –, Anträge zur Freischuß-Regelung – Drs. 11/3199 – und zur Anpassung der Mitarbeiterstrukturen an Fachhochschulen – Drs. 11/4134) – wurden als erledigt erklärt, weil deren Regelungsinhalte in den Gesetzentwurf eingeflossen sind oder durch die beschlossenen Änderungen berücksichtigt worden sind.

Der vor Eintritt in die Tagesordnung von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnten Verschiebung der Abstimmungssitzung, die von den Fraktionen der F.D.P. und DIE GRÜNEN beantragt worden war, um eine erneute Anhörung zu den von der SPD-Fraktion beabsichtigten Änderungen zur Regelstudienzeit (§§ 6 UG/FHG, 84 UG und 55 FHG) durchzuführen, war eine lebhafte Diskussion vorausgegangen. Ausschußvorsitzender Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) begründete den Antrag in seiner Funktion als Sprecher seiner Fraktion damit, daß den Hochschulen die Gelegenheit gegeben werden müßte, sich zu äußern, wenn man kooperativ und fair zwischen Parlament und Hochschulen umgehen wolle. Es sei erforderlich, sich den Sachverstand der Betroffenen nutzbar zu machen.

Der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN, Dr. Michael Vesper, verwies auf seinen bereits bei der Klausurtagung gemachten Einwand, daß die Vorschläge zu den genannten Paragraphen so weitreichende Änderungen beinhalten würden, daß sie nicht ohne eine Anhörung der Hochschulen, Studierendenschaften und Verbände in die abschließende Beratung des Ausschusses einfließen sollten. Es sei als Brückierung der Hochschulen anzusehen, wenn im laufenden Gesetzgebungsverfahren nach einer Anhörung eine solche wesentliche Änderung eingebracht und damit den Hochschulen die Möglichkeit genommen werde, Stellung zu nehmen.

Rudolf Apostel (SPD) zeigte sich als Sprecher seiner Fraktion erstaunt über die erregte Diskussion, da ein bereits im Gesetz geregelter Tatbestand als neu empfunden werde. Die Regelstudienzeit sei bereits im Hochschulrahmengesetz festgelegt. Die SPD-Fraktion wolle nur eine Präzisierung im Gesetz festschreiben, und zwar als Lernergebnis der Diskussion um die Eckwerte. Der Tatbestand der Studienzeitverkürzung sei vom ersten Moment der Diskussion um die Hochschulnovelle inhärenter Bestandteil des gesamten Beratungsprozesses gewesen.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion, so deren Sprecher Professor Dr. Horst Posdorf, könne man die Stiffragen der Fraktionen der F.D.P. und DIE GRÜNEN zur erneuten Befragung der Hochschulen zwar teilen, von deren Anliegen sollte aber Abstand genommen werden, weil auch ohne erneute Anhörung die Absichten der SPD-Fraktion und der Landesregierung einer Beurteilung unterzogen werden könnten. Ein solches Vorgehen, wie von seiten der SPD-Fraktion während der Klausurtagung angekündigt, als auch von seiten der Landesregierung in bezug auf die Rechtsverordnung, könne die CDU in Kenntnis der hochschulpolitischen Situation nur als hochgradig absurd ansehen. Schultz-Tornau gab zu bedenken, das Vertrauensverhältnis durch die beabsichtigte Vorgehensweise ohne Benehmensherstellung mit den Hochschulen nicht zu untergraben.

Von seiten der SPD-Fraktion wurde entgegen, die Vorschläge beruhten auf den Erkenntnissen, die in der Anhörung gewonnen worden seien. Wenn man der Logik der Eingaben der Hochschulen folgen würde, käme eine Benehmensregelung mit den Hochschulen bezüglich einer Rechtsverordnung nie zustande, da sie als solche abgelehnt werde. Die Regelstudienzeit sei bisher bereits in § 84 Abs. 3 des geltenden WissHG mit vier Jahren festgesetzt. Insofern liege auch kein neuer Tatbestand vor. Mit der Intention, die dahinterstehe, stehe die SPD im übrigen nicht allein da. Sie sei ein Kernpunkt der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1986, die dieser im Januar 1993 nochmals bekräftigt habe. Nichts anderes plane die SPD-Fraktion.

Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), stellte fest, daß das Ministerium sicherlich mit den Hoch-

schulen ausführlich hätte darüber sprechen müssen, wenn es hier um etwas Neues gegangen wäre. Das Vorhaben sei aber nichts völlig Neues. Bereits seit einhalb Jahren habe die Frage der Regelstudienzeit mit dem Verordnungsentwurf den Hochschulen vorgelegen. Jetzt sei nur neu, daß diese Regelung im Gesetz aufgenommen werden soll. Auch die gemeinsame Arbeitsgruppe von Kultus- und Wissenschaftsministern, die den sogenannten Bildungsgipfel vorbereite, habe sich auch genau auf eine solche Regelung verständigt, wobei der einzige Meinungsunterschied in der Frage bestehe, in welches Gesetz (Hochschulrahmengesetz oder Landeshochschulgesetz) diese Regelung aufgenommen werde. Zunächst habe das Ministerium die Auffassung vertreten, daß die Frage im Rahmen einer Rechtsverordnung geregelt werden sollte.

### Dekanbestimmungen

Die Fraktion der SPD sei hingegen aufgrund der Beratungen und der Remonstration der Hochschulrektoren, die nicht mit einer Festlegung in der Rechtsverordnung einverstanden gewesen seien, zu der Auffassung gekommen, die Regelung ins Gesetz zu übernehmen. Die Verwunderung der Rektoren sei daher nicht nachvollziehbar.

Einige der Schwerpunkte des mit den Änderungen vom Ausschuß angenommenen Gesetzentwurfs der Landesregierung sind: Die Möglichkeit des Ministeriums, durch Rechtsverordnung im Benehmen mit den Hochschulen und mit Zustimmung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung des Landtags zur Erreichung der Ziele der Studienreform quantitative Eckdaten für Studium und Prüfungen vorzugeben (§ 6 Abs. 4 UG/FHG). Die Änderungen der Dekanbestimmungen, wonach im Gegensatz zum Regierungsentwurf der auf vier Jahre angelegte Modellversuch nunmehr zum Normalfall erhoben wird. Der Dekan soll unmittelbare Verantwortlichkeiten erhalten und jetzt für vier Jahre gewählt werden (§ 27 UG/§ 23 FHG). Die gesetzliche Festlegung der Regelstudienzeit von höchstens neun Semestern (§ 84 UG) bzw. acht Semestern (§ 55 FHG). Die Einführung der Freiverstuchs-Regelung (§ 90a UG/§ 60a FHG). Die Promotionszulassung von Fachhochschulabsolventen (§ 94 UG). Die Übertragung der Genehmigung von Prüfungsordnungen auf die Rektorin oder den Rektor (§ 108 UG/§ 73 FHG). Die Änderung der Mitarbeiterstrukturen an Fachhochschulen durch die Umwandlung der Stellung von fachpraktischen Mitarbeitern in „Mitarbeiter in Lehre und Forschung mit Hochschulabschluß“ (§ 40 FHG).

### Kurswechsel...

Fortsetzung von Seite 9  
des Standortes Nordrhein-Westfalen abzugeben.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

**Ernst-Otto Stüber** (SPD) gab eine Erklärung ab, warum die SPD-Fraktion gegen diese von Rohde in mehrfacher Variation vorgetragene Formulierung gestimmt habe: Sie finde es mit der Würde des Hauses nicht vereinbar, was Dr. Rohde hier heute vorgeführt habe.



Immer vor allem in der Studentenschaft umstritten – das verschiedentlich novellierte Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes. Hier eine Szene aus Bielefeld.

Unter diese Beschwerde setzten 108 Bürgerinnen und Bürger eines Wohngebiets ihre Unterschrift und wandten sich an den Petitionsausschuß. Als Beschwerdeführer trug ein Landschaftsarchitekt und damit ausgewiesener Experte den Sachverhalt schriftlich und bebildert vor.

Danach handelt es sich um ein 525 Quadratmeter großes Grundstück in städtischem Besitz mit einem Erdbunker, der im Zweiten Weltkrieg als Schutzraum diente und von den heutigen Pächtern nur noch als Biotop gehalten wird.

Das Liegenschaftsamt sieht das Grundstück als Baulücke an, weist auf die Wohnungsnot und 1500 Bauwillige sowie ausreichende Grünflächen im Ortsteil und einen nahegelegenen Wald hin. „Die Stadtverwaltung und die Bezirksvertretung haben die Bebaubarkeit des Bunkergrundstücks geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Baugenehmigung erteilt werden kann, wenn zum Ausgleich der wachzunehmenden Vege-

## Petitionsausschuß zwischen den Stühlen

### Behörde: „Baulücke“ — Bürger: „Biotop!“

„Gegen die Umwandlung der für unseren Wohnumfeldbereich wichtigen Gehölzfläche durch das Liegenschaftsamt ... in ein Baugrundstück erheben wir Einspruch. Die geschlossene Baum-, Strauchbepflanzung hat für uns eine wichtige Funktion als Staub-, Abgas-, Lärmfilter, Windschutz und Kleinklimaverbesserung u. a.“

tation eine Ersatzbepflanzung ... geschaffen wird. Zur Erfüllung dieser Auflage werde ich den Käufer oder die Käuferin ... verpflichten. Im Falle einer Nichtausführung greift dann mein Wiederkaufsrecht“, erläuterte der Amtschef.

Hin- und hergerissen zwischen den Belangen der Bürgerbeteiligung, des Umweltschutzes und der Wohnungsnot, beförderte der Petitionsausschuß den streitigen Gegenstand auf die nächsthöhere Ebene. Gleich drei Ministerien sollen das Stadtoberhaupt zu bisher unterlassener ausreichender Information der Bezirksvertretung und erneuter Behandlung veranlassen.

Damit nicht genug. Auch der zweithöchste Beamte der Landtagsverwaltung wurde mit der Akte befaßt. Denn nach dem Ortstermin des Petitionsausschußmitglieds Karin Husning (CDU) mit mehreren Beteiligten in einer nahen Grundschule traf bei der Präsidentin des Landtags eine Rechnung für die Überlassung von Schulräumen in Höhe von 30 Mark ein. Mehrere Telefonate und ein Referentenschreiben waren nötig, ehe der ungewöhnliche Schulbesuch als „entgeltfreie Amtshilfe“ anerkannt wurde. Wenn „Landtag intern“ mehr als nur berichten dürfte, würde es diese Vorgänge kommentieren: Wir haben Sorgen!

## Arbeitsstab Aufgabenkritik im Finanzministerium: Kein Streichquartett!

### Nicht nur Indianer, auch Häuptlinge „künftig wegfallend“

Der angekündigte Wegfall von 6 700 Personalstellen in den NRW-Landesbehörden im Zuge der Untersuchungen des Arbeitsstabs Aufgabenkritik der Landesregierung hat in manchen Bereichen des öffentlichen Dienstes Unruhe und Ängste um den Arbeitsplatz ausgelöst. Die Kosten der Untersuchungen und vorveröffentlichte Ergebnisse veranlaßten ferner einige Abgeordnete, kritische Fragen an die Landesregierung zu richten. Im Nachgang zur ersten Sitzung des neuen Ausschusses für die Verwaltungsstrukturreform beantwortete der Leiter des Arbeitsstabs, Ministerialdirigent Johannes Kalenberg im Finanzministerium, dazu Fragen von „Landtag intern“.

Die erste Frage bezog sich auf die Einschaltung von privaten Unternehmensberatungsgesellschaften und Zweifel an der Treffsicherheit externer Beobachter beim Aufspüren von Schwachstellen, die erfahrungsgemäß selbst Behörden-Insidern verborgen bleiben. Als Antwort darauf erläuterte Kalenberg die Arbeitsweise dieser Berater. Zuerst geht es um den Ist-Zustand: Geschäftsverteilung, Analyse der Aufgaben, Mengen- und Zeitgerüst. Erfahrungswert: „Wer viel zu tun hat, faßt sich kurz; wer wenig zu tun hat, listet viel auf.“

Die eigentliche Schwachstellenanalyse gehört zur zweiten Stufe der Untersuchung. Fragebogen werden an Mitarbeiter und an Führungskräfte verteilt. Die schriftlichen Befragungen erfolgen — je nach dem Inhalt — entweder anonym oder unter Angabe des Namens oder zumindest einer Identifikationsnummer, damit durch Nachfragen Plausibilitätsprüfungen möglich sind. Die Projektbegleitung durch die Behörde, die Mitsprache der Personalvertretung und Workshops sorgen jedoch dafür, daß aus den Befragungen die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Außerdem erfolgen mehrfache Befragungen. So gibt es Fragebogen „zu Motivation und Zufriedenheit“ oder „zu Organisation und Kommunikation“. Da wird nach besten Kräften durchleuchtet, zum Beispiel: „Welche Aufgaben werden ... tatsächlich wahr-



Ministerialdirigent Johannes Kalenberg, Leiter des Arbeitsstabs Aufgabenkritik. Foto: Schüller

genommen? ... Am Ende angeben: Aufgaben, die nicht im Geschäftsverteilungsplan stehen, aber trotzdem erfüllt werden.“

Trotzdem verbleibende Unklarheiten werden einzeln untersucht. Kalenberg: „Jedem Schrei wird nachgegangen!“ Das Problem der informellen Gruppen mit „heimlicher“ Geschäftsverteilung und außerdienstlicher Kommunikation sei übrigens bekannt. Gestörtes Klima, Intrigen und interne Kämpfe kämen heraus.

Die nächste Frage bezog sich darauf, ob nicht vor allem bei den unteren Besoldungsgruppen gespart werden solle, da diese rein mengenmäßig in der Überzahl seien und, möglicherweise, sich nicht so erfolgreich darstellen könnten, zum Beispiel aufgrund geringerer Sprachkompetenz. Die Folgen wären doppelt ungünstig: Leistungsverdichtung bei der eigentlichen Arbeit und schärfere Aufsicht durch unveränderte Personalstärke in den Führungsfunktionen aufgrund der Untersuchungsergebnisse.

Dazu Kalenberg: „Nicht nur Indianer, auch Häuptlinge werden geköpft.“ An alle Ebenen würden gleiche Maßstäbe angelegt. Im übrigen sei schon herausgekommen, daß durch vermehrten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in Landesbehörden

Abläufe rationalisiert und Mitarbeiter besser eingesetzt werden könnten. Beim durchschnittlichen Rechenansatz für das Mann-/Frau-Jahr von 70 000 Mark dürfte allerdings doch eher an Stellen im mittleren Bereich gedacht sein.

Eine weitere Frage, für die sich auch Bürger als Steuerzahler interessieren: Ist von der Aufgabenkritik auch Aufschluß über politische Prioritäten zu erwarten? Wägen die Unternehmensberater Landesaufgaben gegeneinander ab, wie es zum Beispiel der Finanzminister bei der Verteilung der vorhandenen Mittel tun muß? Oder bleiben die Untersuchungen in „Kästchen-Denken“ und Ressortegoismen stecken? Stichworte der letzten Monate aus dem Parlament: „Luxus-Daseinsvorsorge“, Abbau von Standards, Deregulierung. Große Gruppen von Landesbediensteten, etwa die Lehrer, Justiz und Polizei, Hochschulen, fühlten sich bei der Politik der Einsparungen im Stich gelassen, während für einige Bereiche der Landespolitik immer noch Geld vorhanden zu sein scheinete.

Solche hohen Erwartungen schraubt Ministerialdirigent Kalenberg allerdings sogleich zurück und weist auf zwei Ziele hin: 1. Aufgabenbestand verringern, 2. mehr erreichen mit gleichem Personal oder dasselbe leisten mit weniger Personal. Im nachgeordneten Bereich werden noch einfachere Ziele gesetzt: 1. Der Bürger soll wissen, was die Behörde tut. 2. Die Behörde informiert in der Sprache der Bürger. 3. Der Dienstleistungsgedanke setzt sich durch.

Durch die mehrjährige Tätigkeit des Arbeitsstabs Aufgabenkritik hat sich, das wird im Gespräch deutlich, bei den vier Mitarbeitern im Finanzministerium inzwischen ein besonderes Dienstwissen angesammelt. Sie kennen aufgrund der bis dato vorliegenden Berichte der Unternehmensberater, die inzwischen den ordentlichen Mitgliedern des Haushaltsausschusses übergeben worden sind, Stärken und Schwächen großer Bereiche im Landesdienst mit rund 345 000 Beschäftigten möglicherweise besser als die eigentlichen Chefs und können sie auch miteinander vergleichen.

mmg

## Kontroverse um Kritik an einem Bericht des Landesrechnungshofs

*In eine weitere Runde ist die Auseinandersetzung zwischen dem Ausschuß für Haushaltskontrolle und dem Landesrechnungshof (LRH) gegangen. Anlaß: Ein Beschluß, den der Ausschuß Anfang Mai mit der Mehrheit der SPD-Fraktion gefaßt hat und in dem deutliche Kritik („Mißbilligung“) am Vorgehen des LRH geübt worden ist.*

Auslösender Punkt der Kontroverse war ein Sonderbericht des LRH, in dem er sich mit Aufbauorganisation und Personalkonzeption im neu errichteten Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann (MGFM) befaßt hatte. Nach der Landeshaushaltsordnung (LHO) hat der LRH das Recht, über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung den Landtag und gleichzeitig die Landesregierung jederzeit zu unterrichten (Paragraph 99).

Bei der abschließenden Beratung dieser LRH-Unterrichtung im Ausschuß wurde die Entscheidung des Senats, einen Bericht nach Paragraph 99 LHO zu erstellen, ausdrücklich mißbilligt. Eine weitere Mißbilligung sprach der Ausschuß dem LRH deswegen aus, weil er sich an seine Selbstbindung nicht gehalten habe, die vom MGFM erbetene Stellungnahme abzuwarten: Vor Ablauf der dem MGFM gesetzten Frist habe der LRH den Bericht veröffentlicht.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitzenden Walter Neuhaus am 25. Mai wurde bekannt, daß der Präsident des LRH, Professor Dr. Eberhard Munzert, auf diese Mißbilligung mit zwei Briefen reagiert hat. Den einen richtete er an den Ausschußvorsitzenden, den anderen an die Landtagspräsidentin.

In seinem Schreiben an den Ausschuß monierte Munzert, daß der Beschluß „Ermahnungen und Zurechtweisungen“ hinsichtlich der Wahrnehmung der dem LRH gesetzlich übertragenen Aufgaben und hinsichtlich der ihm kraft Gesetzes vorbehaltenen Entscheidungsfindung enthalten habe: „Der Ausschuß für Haushaltskontrolle begibt sich damit aus der Funktion der Finanzkontrolle gegenüber der Regierung in den Bereich der Aufsicht, die gegenüber dem LRH nicht besteht.“ Im Interesse einer ver-

ständnisvollen Zusammenarbeit schlug Munzert vor, über den Sachverhalt ein Gespräch zu führen.

In dem Brief an die Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe, bat der LRH-Präsident zu prüfen, ob der im Ausschuß gefaßte Beschluß nach der Geschäftsordnung des Landtags zurückzuweisen sei, weil er ein Eingreifen in die richterliche Unabhängigkeit bedeute, deren Schutz die LRH-Mitglieder genießen.

Ministerialrat Ernst Becker, Abteilungsleiter „Parlament“ in der Landtagsverwaltung, berichtete den Ausschußmitgliedern, die von der Präsidentin in Auftrag gegebene Prüfung der Beschlußempfehlung sei noch nicht abgeschlossen. Als vorläufige Stellungnahme der Landtagsverwaltung könne gesagt werden, die Mißbilligung der Entscheidung des LRH-Senats, sich mit der Materie zu befassen, „könnte ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit sein“. Der LRH könne den Landtag jederzeit über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung unterrichten. Er entscheide über die Bedeutsamkeit einer Angelegenheit, und es bleibe ihm danach überlassen, ob er sich an das Parlament wende oder nicht. Soweit es das vom LRH gewählte Verfahren angehe, sei eine Mißbilligung zulässig; die beziehe sich auf die Art der Veröffentlichung des Berichts durch den LRH, die der Ausschuß als „Mißachtung der Selbstbindung“ kritisiert hatte.

Helmut Diegel (CDU) sagte in der Debatte, zum ersten Mal habe eine Fraktion den LRH „an den Pranger gestellt“. Hier handele es sich um eine neue Qualität im Umgang, den die CDU nicht billige. Sie begrüße ausdrücklich das Gesprächsangebot des LRH-Präsidenten: der SPD sei die Überlegung anzuraten, die Mißbilligung zurückzuziehen. Daß die LRH-Spitze einen zweiten Brief an die Präsidentin für erforderlich gehalten habe, erfülle seine Fraktion mit Besorgnis.

Als Sprecher der SPD-Fraktion führte Walter Grevener aus, der LRH könne Beschlüsse des Ausschusses kritisieren, sich auch an die Präsidentin wenden, „aber er hätte es auch nicht tun müssen“. Seine Fraktion erkenne die richterliche Unabhängigkeit des

LRH an (Grevener: „Ohne Wenn und Aber“). Man nehme zur Kenntnis, daß der LRH in seiner Zuständigkeit ohne Einflußnahme über seine Berichte entscheide, „wenn aber der Bericht vorliegt, dann liegt es an uns, unsere Meinung dazu zu sagen“. Die Voraussetzung des Paragraphen 99 LHO dürfe hinterfragt werden; es sei der SPD aber nicht gelungen, vom LRH eine überzeugende Begründung zu bekommen. Mit der Mißbilligung werde keine Aufsicht ausgeübt, fuhr Grevener fort, „wir nehmen nur unser Recht wahr, unsere Meinung zu Handlungen des LRH zu sagen“. Im übrigen sei er der Überzeugung, es wäre nicht zu dieser Vorlage gekommen, wenn sich der LRH in größeren Gremien mit der Sache befaßt hätte – im Grunde „ist die Initiative nur auf einen Akteur zurückzuführen“. Ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Landtags sei nicht festzustellen; der LRH sei nicht „kritikfrei“, sondern wie andere Institutionen in die Gesamtorganisation des Staates eingebettet.

Dem letzten stimmte Professor Munzert zu: „Wir sind nicht frei von Kritik und brauchen Selbstkritik.“ Er habe die Briefe geschrieben, um Schaden von der Finanzkontrolle abzuwenden. Der gesamten Finanzkontrolle sei die öffentliche Diskussion über die Mißbilligung des LRH nicht dienlich. Es sei eben die Frage, ob die Formulierung im Ausschußbeschluß nur eine Meinungsäußerung zu Inhalt und Verfahren sei, oder aber ob damit eine Senatsentscheidung mißbilligt werde. Der Präsident wiederholte seinen Vorschlag, „in anderer Atmosphäre“ als in einer formellen Ausschußsitzung mit Protokollführung die Meinungen auszutauschen. Für die F.D.P. stellte ihr Sprecher Dr. Horst-Ludwig Riemer fest, er teile die Auffassung Beckers, wonach es sich um keinen zulässigen Beschluß handele. Als einzelner Abgeordneter könne man „viel sagen, aber der Beschluß eines Verfassungsorgans muß eine andere Qualität haben“. In Zukunft sei es notwendig, daß der Ausschuß als Organ prüfe, wie weit er gehen könne; dabei sei die Geschäftsordnung des Landtags zu beachten.

Helmut Diegel (CDU) bezeichnete die vorläufige Stellungnahme des Landtagsjuristen als „interessant“. Die SPD versuche, den Kritiker LRH zu kritisieren. Zudem sei es „unfein“ von ihr, ein Mitglied eines Senats vorzuführen, denn jeder wisse, daß eine Beschlußfassung der Zustimmung zweier Mitglieder bedürfe; das sei ein „ungehöriger Stil“. Wenn die SPD weiter eine Änderung des LRH-Gesetzes wolle, dann mache das die CDU nicht mit, betonte Diegel, der dabei an die Sozialdemokraten appellierte, die jetzige Gesetzesgrundlage zu respektieren und den LRH in seinen Befugnissen nicht zu beschneiden.

Walter Grevener (SPD) erklärte für seine Fraktion die Bereitschaft zu Gesprächen: „Hoffentlich ist dazu bald Gelegenheit“, meinte er und wies auf den Umstand, daß Becker „als Jurist der Präsidentin einen Halbsatz“ im Beschluß kritisiert habe. Es sei auch festzuhalten, daß die Präsidentin noch keine Entscheidung getroffen habe.

Ausschußvorsitzender Walter Neuhaus (CDU) betonte zum Schluß der Sitzung, er wünsche sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Ausschuß und mit dem LRH.



Der Frauenchor Wanne-Eickel feiert sein 40jähriges Bestehen. Er hat deshalb zu seinem Jubiläum eine ganze Reihe internationaler Chöre eingeladen, unter anderem auch einen Chor aus Frankreich, mit dem zusammen die Wanne-Eickeler Frauen Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, im Bild hinten links neben den SPD-Abgeordneten Helmut Hellwig und Gabriele Gorcitzka, ein Ständchen brachten. Von den beiden Politikern war die Initiative für den Besuch im Landesparlament ausgegangen. Foto: Schüler

## Norden-Süden...

Fortsetzung von Seite 11

31,2 Millionen Mark von NRW aufgebracht worden.

Einige Zahlen aus einem Report der Vereinten Nationen von 1992: Vier Fünftel der Erdbevölkerung (5,4 Milliarden Menschen) leben in Entwicklungsländern, davon mehr als eine Milliarde in absoluter Armut. Die Industrienationen verbrauchen rund drei Viertel der Ressourcen. Sie brächten rund 54 Milliarden US-Dollar für Entwicklungszusammenarbeit auf, 200 Milliarden US-Dollar gingen den Entwicklungsländern jedoch jährlich für Schuldendienst, Kapitalflucht, Handelsbeschränkungen, Verfall der Rohstoffpreise verloren.

Unter Entwicklung sei bisher einseitig Wirtschaftswachstum verstanden worden. Der Norden habe sich als Vorbild gesehen, dessen Entwicklung nachzuahmen sei. Außer acht seien optimale Anpassungen an regionale Gegebenheiten in gewachsenen Hochkulturen geblieben. Erst nach spürbaren Umweltschäden und Armutswanderungen habe im Norden ein politisches Umdenken begonnen.

Der Norden habe zu lange Despoten und korrupte Machteliten in Entwicklungsländern unterstützt, durch Rüstungsexporte zur Militarisierung beigetragen und über die Verletzung von Menschenrechten hinweggesehen. Agrarsubventionen hätten afrikanische Landwirtschaftssysteme zerstört. Die Beteiligung des Südens am Welthandel nütze auf Dauer allen. Über Folgen für die heimische Wirtschaft werde die Landesregierung einen Bürgerdialog führen. Umweltverträgliche Techniken könnten langfristig zur Sicherung der Lebensgrundlagen für alle beitragen.

★

Die Mitglieder des Unterausschusses reagierten vorerst zustimmend auf die Leitlinien, die wegen der kurzfristigen Vorlage bis zur Sitzung am 19. Mai erst flüchtig gelesen werden konnte. Reinhold Hemker (SPD) trat dafür ein, Entwicklungszusammenarbeit auf jede Tagesordnung des Unterausschusses zu setzen und nach Ressorts abzuarbeiten. Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) schlug eine Anhörung mit Sprechern der Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt vor zum Thema, was in NRW konkret geändert werden könne. Norbert Giltjes (CDU) hielt die Begründung für die Ablehnung eines Partnerlandes angesichts späterer Aufzählung von Schwerpunktregionen für unstimmt und trat erneut für eine Verständigung zwischen Bund und Bundesländern darüber ein, wer was mache. Franz Skorzak (CDU) sah im Erfolg der Öffnung der Volksrepublik China westliche Einflüsse positiv bestätigt, während die Leitlinien den Norden eher negativ darstellten. Michael Ruppert (F.D.P.) vermißte die Ost-West-Problematik unterschiedlicher Entwicklung und hielt angesichts knapper Mittel mehr von konzentriertem Finanzeinsatz als von parteiprogrammatischem Überbau.

Minister Clement (SPD) trat für Abgrenzung der Nord-Süd-Problematik von der neuen Flüchtlingspolitik und den Problemen in Mittel-, Ost- und Südeuropa ein. Mit den zur Zeit überlasteten Kommunen müsse über die von Hemker angesprochene Abwehr — „nicht das auch noch!“ — gesprochen werden. Das NRW-Konzept führe zwar zu Unübersichtlichkeit, aber auch zum Erfolg durch vielfältiges Engagement.

## Mehr Ausschüsse beim Europäischen Parlament

### Petitionsrecht für EG- und Nicht-EG-Bürger

*Im Anschluß an den Bericht des Untersuchungsausschusses „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ hat das Europäische Parlament (EP) seine Geschäftsordnung (GO) geändert und das Petitionsrecht erweitert. Wegen der zunehmenden Bedeutung der Ausschubarbeit im EP wurden bereits zu Beginn der zweiten Hälfte der gegenwärtigen Wahlperiode neunzehn ständige Ausschüsse eingesetzt und sind im Vertrag über die Europäische Union weitere Änderungen geplant.*

Nach der Änderung der GO-EP steht nunmehr jedem Bürger der Union sowie jeder natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat das Recht zu, allein oder zusammen mit anderen Bürgern oder Personen in Angelegenheiten, die in die Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft fallen und die ihn oder sie unmittelbar betreffen, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten. Das Petitionsrecht wird auch auf Nicht-EG-Bürger ausgedehnt, deren Petitionen in einem separaten Register geführt und vom Petitionsausschuß nach seiner Wahl geprüft werden.

Seit Januar 1992 hat das EP neunzehn ständige Ausschüsse statt bisher achtzehn. Der „Politische Ausschuß“ wurde umbenannt in „Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit“ und der „Ausschuß für bürgerliche Freiheiten und innere Angelegenheiten“ wurde neu eingesetzt.

Die weiteren Ausschüsse: Landwirtschaft/Fischerei/ländliche Entwicklung; Wirtschaft/Währung/Industriepolitik; Energie/Forschung/Technologie; Außenwirtschaftsbeziehungen; soziale Angelegenheiten/Beschäftigung/Arbeitsumwelt; Verkehr/Fremdenverkehr; Umweltfragen/Volksgesundheit/Verbraucherschutz; Kultur/Jugend/Bildung/Medien; Entwicklung/Zusammenarbeit; Haushaltskontrolle; Institutioneller Ausschuß; Geschäftsordnung/Wahlprüfung/Immunität; Rechte der Frau.

Den Vorsitz im Haushaltsausschuß des EP (30 Mitglieder) hat der deutsche SPD-Abgeordnete Thomas van der Vring, im Ausschuß für Recht und Bürgerrechte (30 Mitglieder) der Deutsche Reinhold Bocklet (CDU). Der für die Landespolitik wichtige Ausschuß für Regionalpolitik, Raumordnung und Beziehungen zu den regionalen und lokalen Kör-

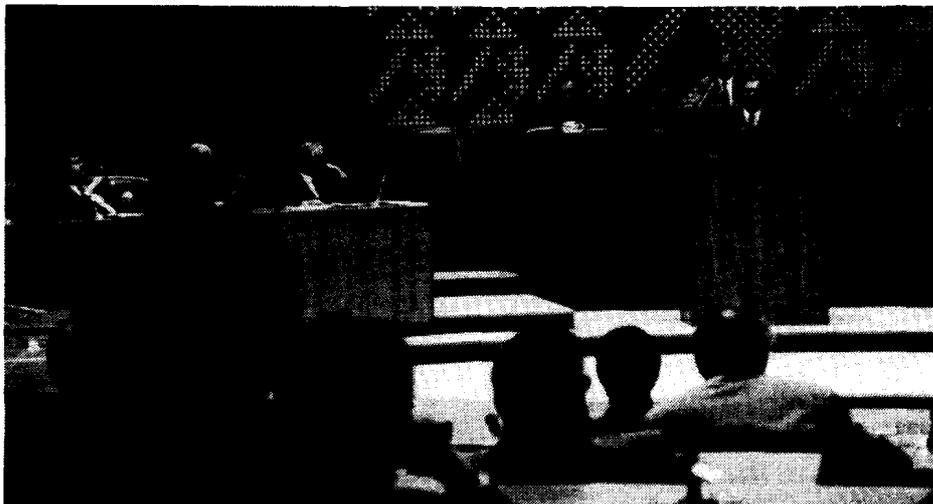
perschaften hat 35 Mitglieder und wird vom fraktionslosen spanischen Abgeordneten Antoni Diaz geleitet.

Die Ausschüsse tagen grundsätzlich jeden Monat in Brüssel und in den beiden sogenannten „Ausschußwochen“ im Anschluß an die Plenarwoche in Straßburg. Immer häufiger kommt es allerdings auch während der Plenartagungen zu Ausschußsitzungen. Zwölf der 19 Ausschüsse des EP haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, öffentlich zu tagen. Der Regionalausschuß, der Petitionsausschuß, die Ausschüsse für Landwirtschaft, Haushalt, Haushaltskontrolle sowie der Rechts- und Geschäftsausschuß lassen Besucher nach vorheriger Anmeldung zu.

Im Maastrichter Vertrag wird das EP zur Einsetzung nichtständiger Untersuchungsausschüsse ermächtigt. Die Untersuchungsausschüsse des EP müssen daher mit bedeutenden Befugnissen ausgestattet werden. Nach Artikel 138 e EG-Vertrag erhält das EP auch das Recht, das Amt eines Bürgerbeauftragten zu schaffen. Im Unterschied zur Einreichung einer Petition wird bei Einlegung einer Beschwerde gegenüber dem Bürgerbeauftragten keine eigene Beschwerde erforderlich sein. Die vorgesehenen nichtständigen Untersuchungsausschüsse und der Bürgerbeauftragte werden selbständig nebeneinander tätig.

### Drucksachenummer

Bei der Berichterstattung über die Plenardebatte „Ehrenamt“ in „Landtag intern“ Nr. 9 vom 25. Mai ist die Drucksachenummer vertauscht worden. Sie muß richtig „11/5265“ lauten.



Die F.D.P.-Fraktion hat im Plenarsaal des Landtags ein Forum durchgeführt, das unter dem Motto „Ist die Kommunalverwaltung noch zu retten?“ stand. Dabei ging es um die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen. Das Bild zeigt von links die F.D.P.-Abgeordneten Hagen Tschoeltsch, Hans-Joachim Kuhl und den Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde. Am Podium Alfons Schrijvers aus Tilburg in den Niederlanden.

## SPD-Fraktion

### Bund benachteiligt Forschung in Nordrhein-Westfalen

Die SPD-Landtagsfraktion hat den Bund aufgefordert, Nordrhein-Westfalen bei der Vergabe von Forschungsmitteln nicht länger zu benachteiligen. „Der Landtag hat vom Bund die längst überfällige Korrektur seiner regionalpolitisch nicht hinnehmbaren Vergabep Praxis bei Bundesforschungsmitteln gefordert“, erklärte Ernst-Otto Stüber als wirtschaftspolitischer Sprecher einen entsprechenden SPD-Antrag. Die SPD-Fraktion verweist auf eine bisher nur in Kurzform veröffentlichte, von Professor Eckey im Auftrag des KVR vorgelegte Studie zu „Forschung und Entwicklung im Ruhrgebiet

1988–1991“. Darin wird die eklatante Benachteiligung dieser Region bei der Vergabe von Bundesforschungsmitteln nachgewiesen. Die Eckey-Studie zeigt, daß sich die traditionelle Benachteiligung des Reviers seit 1989 noch verstärkt hat: Der Mittelzufluß im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik des Bundes ist seitdem um ca. 40 Prozent zurückgegangen, so daß derzeit nur noch 97 Mark pro Beschäftigtem in das Ruhrgebiet gehen, gegenüber 114 Mark in die restliche Bundesrepublik (alt) und sogar 390 Mark in den Ballungsraum München.

Die Aussagen von Professor Eckey werden bestätigt durch einen eigenen Bericht des BMFT vom 28. Januar 1993. Demnach zeigt sich, daß NRW auch bei den institutionell geförderten Forschungseinrichtungen des Bundes deutlich unterdurchschnittlich abschneidet. Bei der regionalen Verteilung öffentlicher Inlandsaufträge des BMFT in den Jahren 1988 bis 1991 ent-

fällt auf NRW, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, nur eine Quote von 0,72. Durchgängig überproportional werden demgegenüber z. B. die Länder Bayern und Berlin mit Quoten von ca. 1,4 bzw. 1,7 bedient.

Im SPD-Antrag heißt es:

„Bei der Förderung des notwendigen Strukturwandels in NRW spielt die staatliche Unterstützung der unternehmerischen Forschungs- und Technologieaktivitäten eine wesentliche Rolle. Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit seiner Technologiepolitik allein nicht in der Lage, die erheblichen Benachteiligungen nordrhein-westfälischer Unternehmen durch die Bundesforschungspolitik auszugleichen.“

Der Landtag forderte die Landesregierung auf, sich beim Bund entschieden für eine Änderung seiner Vergabep Praxis einzusetzen und dieses Thema auch sofort zum Gegenstand der Beratungen in der „Föderalismus-Kommission“ des Bundes und der Länder zu machen.

## CDU-Fraktion

### Methadon-Programm der Landesregierung gescheitert

„Nach Ablauf des Methadon-Versuchsprogramms der SPD-Landesregierung sind in fünf Jahren nur sechs Klienten wirklich drogenfrei geworden. Die Erwartungen der Landesregierung in Methadon als Wunderwaffe im Kampf gegen die Drogensucht haben sich nicht erfüllt.“ Das erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, anlässlich der Vorstellung des Endberichts der Prognos AG zum

Methadon-Programm der Landesregierung durch Minister Müntefering.

Arentz warnte angesichts der Ergebnisse des Endberichts davor, von Methadon die Lösung aller Drogenprobleme zu erwarten. „Methadon hilft weder Drogensüchtigen auf Dauer, von ihrer Sucht wegzukommen, noch werden der Konsum und die Drogenkriminalität durch die Abgabe von Methadon verringert. Dies belegen zum Beispiel die konkreten Erfahrungen mit flächendeckenden Methadon-Programmen in Zürich. Methadon kann allenfalls im Einzelfall als Krücke dienen, um beispielsweise die Wartezeit therapiewilliger Abhängiger auf einen Therapieplatz zu überbrücken.“

Arentz forderte die Landesregierung auf, ihre

Drogenpolitik zu ändern und die Absicht aufzugeben, Methadon flächendeckend im Land zu verabreichen. „Diese Planung der Landesregierung ist eine völlig falsche Prioritätensetzung. Wichtiger als die flächendeckende Abgabe von Ersatzdrogen ist der Ausbau von Prävention, Entgiftung, Therapie und Nachsorge in Nordrhein-Westfalen.“

In diesem Zusammenhang erinnerte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion daran, daß die SPD-Landesregierung 1993 die Mittel für die Bekämpfung der Drogensucht gegenüber dem Vorjahr um mehr als fünf Millionen Mark von 37 auf 32 Millionen Mark reduziert hat.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### GRÜNE wollen Situation von Behinderten in NRW verbessern

Nach Ansicht der Grünen ist es höchste Zeit, die Situation und die Rahmenbedingungen von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen in den verschiedenen Lebensphasen und Lebenssituationen kritisch zu beleuchten und seitens der Landesregierung entsprechende Maßnahmen zur umfassenden Gleichstellung von Behinderten einzuleiten.

Diesem Ziel dient die Große Anfrage zur Lebenssituation Behinderter in Nordrhein-Westfalen, die die Grünen in den Landtag ein-

gebracht haben. Gegliedert in elf Kapitel, die die wichtigsten Lebensphasen und Problem-bereiche erfassen, sollen damit nicht nur Daten zur Bestandsaufnahme erfragt werden, sondern die Landesregierung soll jeweils auch Stellung nehmen zu Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen, die für die Entwicklung konkreter Perspektiven im Sinne der Gleichstellung Behinderter relevant sind.

Wie der grüne Sozialpolitiker Daniel Kreutz bei der Vorstellung der Großen Anfrage betonte, soll mit der Initiative der Landtagsfraktion die Entwicklung eines gleichstellungsorientierten Landesbehindertenplans beschleunigt und unterstützt werden.

Daniel Kreutz: „Vor über zehn Jahren, anlässlich des Jahres der Behinderten 1981, wandten sich Behinderteninitiativen dagegen, daß die gesellschaftlichen Lebensumstände für Behinderte schöngeredet werden. Sie wiesen

auf die diskriminierende Behandlung und Rechtlosigkeit von Behinderten in vielen Lebenslagen hin. Trotz aller Diskussionen und Ansätze für Verbesserungen, die es seither gegeben hat, müssen wir heute feststellen, daß sich im Grundsatz an der Diskriminierung noch nichts Entscheidendes geändert hat. Nach wie vor erfahren viele Behinderte unsere Gesellschaft gleichsam als Apartheidgesellschaft, die ihnen in zahlreichen Lebensbereichen signalisiert: Ihr müßt draußen bleiben.“ Kreutz erinnerte daran, daß in den letzten Jahren verstärkt die Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz für Menschen mit Behinderungen in die Diskussion gebracht worden ist. In den USA ist bereits seit 1990 ein Gesetz in Kraft, das im Kern den Anspruch auf eine nicht behindernde Umwelt formuliert. Kreutz: „So ein Vorhaben ist auch in der Bundesrepublik notwendig.“

### Staatsvertrag...

Fortsetzung von Seite 13

Finanzmittel. Grätz wiederholte seinen Vorschlag, daß der Landtag einmal im Jahr mit den Repräsentanten der jüdischen Gemeinden zu einem Austausch zusammenkommt, um eventuelle Spannungen aufzulösen und anstehende Probleme zu erörtern.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) freute sich über die Zustimmung aus allen Fraktionen zum Vertrag. Neben den Hilfen sei er „ein Bekenntnis zur jüdischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen“. Durch ihn werde zwar keine einzige der im Lande vernichteten jüdischen Gemeinden wiederhergestellt, aber er sei „eine kleine bescheidene Antwort an diese Verpflichtung zur Erinnerung“ an

den nationalsozialistischen Terror und rassistische Verfolgung. So würden Lehren aus der Vergangenheit gezogen und vertraglich gesichert, „was es bisher in der Geschichte Deutschlands nie gegeben hat“.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) wandte sich dagegen, daß die SPD einem von der F.D.P. vorgelegten Antrag zur Unteilbarkeit der Menschenrechte nicht zugestimmt habe. Das sei für ihn „unvorstellbar“.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) meinte, der Landtag teile bekanntlich die Überzeugung, daß Menschenrechte unteilbar sind. Auch die Grünen begrüßten den Vertrag, denn gerade heute seien solche Zeichen notwendig. Damit zeige man, „daß die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in

unserer Gesellschaft willkommen sind“. Er müsse nun mit Leben gefüllt werden.

**Reinhold Trinius** (SPD) verwahrte sich dagegen, aus dem ablehnenden Votum der SPD zu einem „untauglichen“ Antrag auf die Haltung seiner Partei zu den Menschenrechten zu schließen. Er betonte den Beitrag der jüdischen Glaubensgemeinschaft zur abendländischen Kultur; aus einem Gefühl der Dankbarkeit den Vertrag zu schließen, sei auch ein Weg, Trauer zu bekunden.

**Kultusminister Hans Schwler** (SPD) sagte, die allgemeine Zustimmung zum Vertrag zeige, „daß die demokratischen Parteien in Deutschland die Augen vor der Vergangenheit nicht verschließen und deshalb auch nicht blind sind für das Geschehen in der Gegenwart“.

## Leser schreiben...

### Rundfunkrat

(„Landtag intern“ Nr. 7/1993, Wort und Widerwort zum Thema „Ist die Kritik an der Politik gerecht?“, Beitrag des Parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion DIE GRÜNEN, Dr. Michael Vesper)

Zur Frage der Ehrlichkeit in der Politik schreibt Herr Dr. Michael Vesper (Fraktion DIE GRÜNEN) über die Parteien: „Sie beherrschen die Rundfunkrat...“ So einfach ist das. Ehrlicher wäre gewesen, hier zu differenzieren. Denn so einfach ist das Blödsinn. Als langjähriges Mitglied des WDR-Rundfunkrates, entsandt von den Journalistenorganisationen, kann ich das jedenfalls nicht bestätigen. Richtig ist zwar, daß einige der vom Landtag entsandten Rundfunkratsmitglieder allzu häufig den Rundfunkrat mit dem Landtag verwechseln und dort ihre parteipolitischen Auseinandersetzungen auszutragen bzw. fortzusetzen versuchen. Dies wird dann — ebenso allzu häufig — aus nichtöffentlichen Sitzungen in die Öffentlichkeit kolportiert und sorgt dann für ein entsprechend schiefes Bild, offenbar auch bei Herrn Dr. Vesper. Ich bin jedenfalls sicher, daß die Mitglieder des WDR-Rundfunkrates, und zwar nicht nur die 29 von den sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen entsandten, sondern darüber hinaus, sich heftigst gegen eine parteipolitische Domestizierung wehren würden, von welcher Seite auch immer.

(\* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorts, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustin Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 24. Juni 1993, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 10 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakturin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: + 5 68 01\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

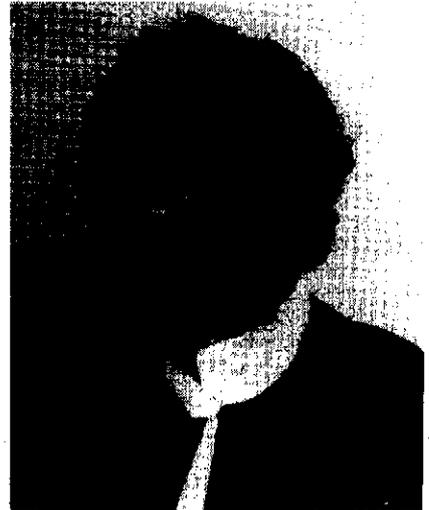
## Porträt der Woche

Schon in jungen Jahren hat sich Donata Reinecke ein Prinzip zu eigen gemacht — nicht von anderen etwas zu erwarten, bevor man nicht selbst Hand angelegt hat. Und diese Richtschnur zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben der SPD-Landtagsabgeordneten aus Köln, im beruflichen ebenso wie im politischen Bereich. Und die gebürtige Westpreußin, Jahrgang 1944, wollte schon früh sich selbst und ihrer Umgebung bestätigen, daß auch Frauen in der Gesellschaft „etwas werden können“. Denn eigentlich sei sie, so räumt die Studienrätin ein, „so eine der typischen Töchter, die eigentlich ein Sohn sein wollten“.

Bereits in der Kindheit wurde Donata Reinecke mit den Problemen eines Elternhauses konfrontiert, wo beide Partner berufstätig sind. Nach dem erfolgreichen Abschluß der Schneiderlehre erreichte sie über den zweiten Bildungsweg die Fachhochschulreife und studierte an der Ingenieurschule in Mönchengladbach. „Ich war in meinem Studiengang die einzige Frau.“ Nach bestandenerm Examen als Textilingenieurin besuchte sie zwei Jahre später die Kölner Universität, die sie mit dem ersten und zweiten Staatsexamen beendete. Die Studienfächer: Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspädagogik. Seit 1980 unterrichtete die Pädagogin an einer Berufsbildenden Schule in Köln.

Sie, die nach eigener Einschätzung „die Frage der Gerechtigkeit immer deutlich wahrgenommen hat“, trat 1972 in die SPD ein. Der Anlaß waren für Donata Reinecke die „unehrenhaften Auseinandersetzungen“ um den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt. Doch auch dessen Eintreten für soziale Gerechtigkeit und die Bildungspolitik der SPD waren Gründe für den Parteieintritt. Nach dem Prinzip, erst einmal selbst Hand anzulegen, zählte sie zu den Mitbegründern einer Kölner Bürgerinitiative für „Brandt/Scheel“ und engagierte sich im Bundestagswahlkampf. „Als andere ihr Wahlkampfkonzept noch erwarteten, warben wir schon um Stimmen.“

In der Partei auch weiterhin aktiv, wurde die Kölnerin 1980 in den Stadtrat gewählt, wo sie sich im Finanz- und Umweltausschuß engagierte. Sie ließ sich bewußt in die beiden Gremien berufen, „weil die Frauen von ihren männlichen Kollegen gern für den Kultur- und Schulbereich gewonnen werden“. Eine „Knochenarbeit“, wie sie heute resümiert. Denn die Mutter einer Tochter mußte als sogenannte Alleinerziehende viele Jahre Haushalt und Beruf, Partei- und Ratsarbeit aufeinander



Donata Reinecke (SPD)

abstimmen. In ihren Worten klingt aber auch ein wenig Stolz heraus, wenn sie sagt, „irgendwie wollte ich jungen Frauen beweisen, daß es trotzdem klappt“. Die „sinnvolle parlamentarische Lehrzeit“ endete 1989, weil nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß der Kölner SPD ein Doppelmandat nicht zulässig ist. Bei der letzten Landtagswahl 1990 in das Düsseldorfer Landesparlament gewählt, gehört die Sozialdemokratin dem Wissenschafts- und Umweltausschuß sowie dem Ausschuß für Haushaltskontrolle an. Im Umweltausschuß bemüht sie sich, Kompromisse zwischen Ökologie und Ökonomie zu finden. „Was nützt das beste Klima, wenn die Leute ihr Brot nicht verdienen.“ Die Hochschulen sieht sie als Stätten, die am geeignetsten sind, um Antworten auf Probleme und gesellschaftliche Veränderungen zu geben. So setzt sich die Kölnerin für eine Hochschulstrukturreform unter enger Beteiligung der Professoren ein. „Man muß mit ihnen reden.“

Wer Donata Reinecke als zielstrebige „Karrierefrau“ einstufen wollte, würde ihr nicht gerecht. Für die Sozialdemokratin steht die Politik nicht im Mittelpunkt — „und sie darf vor allem nicht die Lebensfreude verderben“. So reist sie gern, hört häufig Musik und liest viel, vor allem Belletristik. „Ich habe immer ein Buch in der Handtasche.“ Und wenn man sie fragt, was sie am meisten schätzt, kommt sogleich die Antwort: „Aufrichtigkeit und Menschlichkeit.“ Übrigens, alljährlich tanzt die Kölnerin in den Mai — „auch das gehört zur Menschlichkeit in der Politik“.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 5. bis 24. Juni 1993

- 5. 6. **Hermann Kampmann** (CDU), 55 J.
- 6. 6. **Peter Bensmann** (CDU), 51 J.
- 7. 6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 41 J.
- 10. 6. **Reinhold Trinius** (SPD), 59 J.
- 13. 6. **Manfred Bruckschen** (SPD), 55 J.
- 17. 6. **Rudolf Apostel** (SPD), 61 J.
- 21. 6. **Dr. Helmut Linszen** (CDU), 51 J.
- 24. 6. **Hermann Heinemann** (SPD), 65 J.
- 24. 6. **Heinz Hilgers** (SPD), 45 J.

★

**Norbert Burger** (SPD), Kölner Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter, sowie der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, **Franz Müntefering** (SPD), eröffnen am 3. Juni im Congress-Centrum Ost der Kölner Messe die Fachtagung „Substitution bei Opiatabhängigen“. Die Tagung wird vom Ministerium, der Rheinischen Landes- und Hochschulklinik Essen in Zusammenarbeit mit dem Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V. durchgeführt. Wie gestufte Hilfen und Angebote aussehen müssen, ist insgesamt Beratungsgegenstand der Veranstaltung. An einer Podiumsdiskussion mit Medizinern und Sozialdezernenten nimmt auch der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Landesparlament, **Bodo Champignon**, teil.

★

**Franz Müntefering**, nordrhein-westfälischer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, hält am 18. Juni 1993 die Festansprache bei der feierlichen Überreichung des Andreas-Gryphius-Preises 1993, Literaturpreis der Künstlergilde. Müntefering überreicht den Preis an **Dagmar Nick**, **Franz Heinz**, **Dr. Hans Joachim Sell** und **Claus Stephanie** erhalten Ehrengaben. Die Verleihung erfolgt im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf.

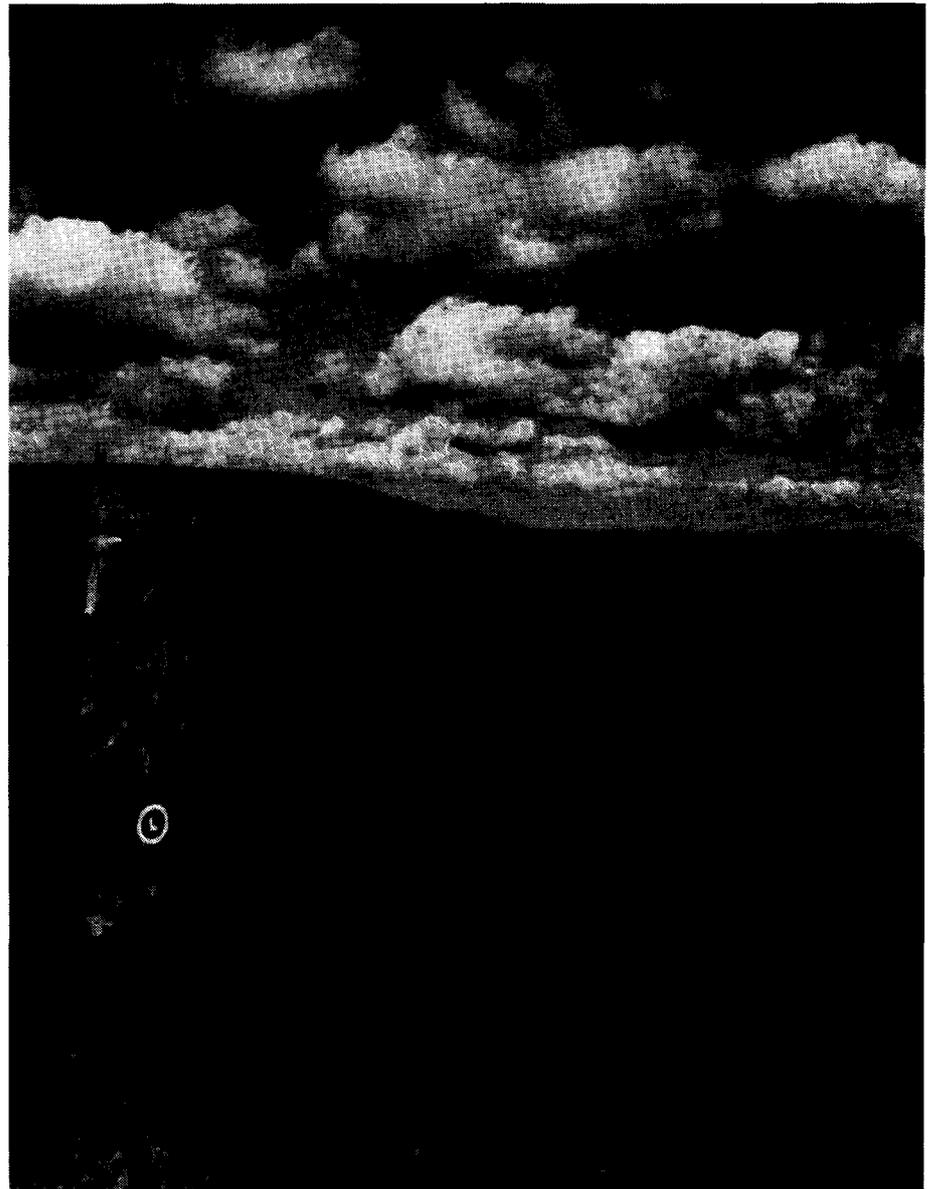
★

**Marcel Gärtner**, seit Oktober 1990 Leiter des Landesstudios Düsseldorf des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR), ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Gärtner, in Berlin geboren, war ab 1949 für die „Allgemeine jüdische Wochenzeitung“ tätig, dann Pressereferent in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei und seit 1968 beim WDR. Am Abschied nahm neben dem Intendanten des WDR, **Friedrich Nowotny**, auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) teil.

★

**Dr. Klaus Klenke**, bisher Programmdirektor von Radio NRW, ist als Nachfolger von **Ruprecht Eser** zum Programmdirektor des Kölner Privatfernsehens Vox berufen worden. Nachfolger Klenkes bei Radio NRW, dem erfolgreichsten deutschen Mantelanbieter im Hörfunk, wird **Dr. Michael Heiks**, zur Zeit noch Direktor des NDR-Landesfunkhauses Kiel. Klaus Klenke leitete früher die Unternehmensplanung des Westdeutschen Rundfunks Köln und war zeitweilig auch Moderator der „Aktuellen Stunde“ des WDR.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



*Dunkle Wolken über dem Rothaargebirge? Seitdem der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestags Mitte Mai das 130 Kilometer lange Teilstück der A 4 vom Kreuz Olpe nach Bad Hersfeld wieder in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft hat, schlagen Naturschützer und viele Bewohner dieser Region im Süden des Landes Alarm: Sie fürchten um dieses große zusammenhängende Waldgebiet und halten den Weiterbau dieser Trasse, deren Planung seinerzeit den Landeslandwirtschaftsminister Dr. Diether Deneke zum Rücktritt bewog, für ökologisch nicht vertretbar. Auch die Landesregierung hat die Öffentlichkeit und Bonn erneut wissen lassen, daß für den nach der deutschen Einigung lebhafter gewordenen Ost-West-Verkehr andere Lösungen denkbar seien, etwa die Verbreiterung der A 44 über Kassel und der A 45 und A 5 über Siegen, Gießen und Fulda. Das hat vor kurzem Landesumweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bei einem Besuch in Erndtebrück erklärt. Der Minister machte die Rechnung auf, daß für den geringen Zeitgewinn, den die A 4-Trasse durchs Rothaargebirge bedeuten würde, bis zu 150 Hektar Fläche versiegelt würden und 250 Hektar Wald verloren gingen. Ausgedehnte Waldgebiete und ideale Rückzugsgebiete für seltene Pflanzen- und Tierarten würden zerschnitten oder zerstört. Für die Trasse sind Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und Wirtschaftsvereinigungen sowie einzelne Bundes- und Landtagsabgeordnete. Auch das Bundesland Hessen hat vor Jahren den Weiterbau abgelehnt. Unser Bild zeigt einen Blick vom Grenzweg auf dem Kamm des Rothaargebirges in Richtung der Saalhauser Berge in der Nähe des idyllisch gelegenen Dorfes Milchenbach.*

Foto: Küster